



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 16 Sgr. Einrückungsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petitdruck 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 49. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 30. Januar 1867.

Die unterzeichnete Expedition ladet zum **Abonnement** für die Monate **Februar** und **März** ergebenst ein.

Der Abonnementspreis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 1 Thlr. 10 Sgr., auswärts inclusive des Portozuschlages 1 Thlr. 25 Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir diejenigen, welche dieses neue Abonnement benützen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 25 Sgr. **direct und franco an uns einzusenden**, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überreichen werden.

Breslau, den 24. Januar 1867.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Süddeutsche Wehrreformen.

Das Programm des Fürsten Hohenlohe hat in der norddeutschen Presse, so weit wir sehen, nur Einen, aber einen beachtenswerthen Gegner gefunden. Ein geistvoller und scharfsichtiger Correspondent der „Weser-Zeitung“ aus Süddeutschland sieht durch dasselbe die Gefahr eines süddeutschen Sonderbundes verwickelt. Folgendes etwa ist sein Gedankengang: die Nachahmung preussischer Heereseinrichtungen sei an sich noch kein Anstoß an die preussische Politik; auch Frankreich könne preussische Heeresverfassungen nachahmen, zu dem Zwecke, Preußen zu bekämpfen, nicht mit ihm sich zu verbinden. So könne gerade eine Reform der Heeresverfassungen Süddeutschlands nach preussischem Muster zu einer Entfremdung von Preußen führen. Auf einander angewiesen, in gemeinsamer Arbeit, würde der Süden sich eng an einander anschließen und so weit erstarken, daß dem Einigungswerte ernstliche Schwierigkeiten erwachsen; fast müsse man wünschen, die süddeutschen Staaten blieben in ihrer Vereinzelung schwach, bis die Einigung ganz Deutschlands durch Preußen erfolgen könne.

Wir können diesen Anschauungen und nicht anschließen, diese Befürchtungen nicht theilen. Zunächst bedenken wir Eines: der Süden versucht, die preussischen Heeresverfassungen nachzuahmen, ob es gelingt, bleibt abzuwarten. Wir zweifeln. Wenn wir den Einheitsstaat als das letzte Ziel aller unserer politischen Bestrebungen betrachten, so geschieht es, weil wir den Mehrheitsstaat auf die Dauer für eine absolute Unmöglichkeit halten, weil wir der festen Ueberzeugung sind, daß kein deutscher Mittelstaat den Anforderungen gewachsen ist oder jemals gewachsen sein wird, ernsthafte politische Aufgaben zu erfüllen.

Diese Ueberzeugung würde ein gewaltiges Loch bekommen, wenn es dem Süden gelingen sollte, das preussische Wehrsystem aus eigener Kraft bei sich nachzuahmen. Warten wir ab, ob es geschieht. Täuschen wir uns darüber nicht: die allgemeine Wehrpflicht durchzuführen, dazu gehört mehr als ein Wehrgesetz und ein Aushebungs-Reglement. Es gehört dazu Muth und Nerve, viel Nerve. Wir wissen nicht, ob diese Eigenschaften in Süddeutschland vorhanden sind. Auf dem Papiere ist die allgemeine Wehrpflicht in fünf Minuten durchgeführt, aber die strenge Durchführung ohne Ansehen der Person, die gezielte Ausbildung der Mannschaften, die Heranziehung brauchbarer Landwehr-Offiziere, das sind Dinge, zu welchen mehr Anstrengung gehört, als das Phäakenleben der Kleinstaaterei bisher gestattet hat. Wie nun, wenn der Versuch des bayerischen Ministers nur dazu führte, den Defect aufzudecken! wenn es sich klar herausstellte, daß trotz der klaren Einsicht in die eigene Schwäche, trotz des besten Willens, das tüchtigste Muster nachzuahmen, die Kraft der süddeutschen Staaten nicht ausreicht, eine Reform durchzuführen, daß sie scheitert an der Gewöhnung der bisherigen bequemen Lebensformen; wenn, sagen wir, der Versuch auch nur den negativen Erfolg hätte, klar zu zeigen, daß das Princip der genossenschaftlichen Selbsthilfe, welches sich im Privatleben überall so glänzend bewährt, nicht ausreichend ist, dem süddeutschen Staatsleben aufzuhelfen, — verdient der Fürst Hohenlohe um dieses Versuches willen nicht, in Gold gefaßt zu werden?

Allein sehen wir uns auch die Rekrute an. Vielleicht gelingt es doch. Vielleicht stellen die Süddeutschen im Bunde mit einander ein Heer her, das an Disziplin, Organisation und Ausrüstung dem preussischen Heere ebenbürtig ist, dessen Generalstab gleich Vorzügliches leistet, kurz, das Süddeutschland die Möglichkeit einer eigenen politischen Existenz gewährt. Ja, dann sind unsere Ausichten auf den Einheitsstaat in weite Ferne gerückt, vielleicht für immer vereitelt. Aber in diesem unvorhergesehenen, von uns für unmöglich gehaltenen Falle wird das politische Bedürfnis der deutschen Nation in einer anderen Weise befriedigt sein. Wir wollen den Einheitsstaat nicht aus einem marottenhaften Einheitsfanatismus, wir wollen ihn, weil wir darin das einzige Mittel sehen, ein Staatswesen dort zu begründen, wo sich bisher unter der Maske der Politik die absolute Staatslosigkeit breit macht. Läßt sich ein wirkliches süddeutsches Staatsleben herstellen, warum sollte es nicht bestehen? Können die Süddeutschen selbstständig bestehen, — wir glauben nicht, daß sie es können; aber können sie es, — so dürfen sie es auch, und würden sich mit Recht über Vergewaltigung beklagen, wenn wir auch dann bei unseren unitarischen Tendenzen stehen blieben. Haben die Süddeutschen eine wirklich große politische Aufgabe, die Durchführung einer befriedigenden Wehrverfassung auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, durchgeführt, so haben sie den bösen Feind im Innern aus eigener Macht bezwungen, sie haben dem staatsfeindlichen Treiben im eigenen Hause ein Ende gemacht und werden uns nicht mehr behindern, weil wir ein Staat sind.

Nein, nein, lassen wir die Süddeutschen versuchen, das Beste zu leisten, was sie können, wir haben nichts davon zu fürchten.

Breslau, 29. Januar.

Die Entlassung oder, wie es vorläufig heißt, die Beurlaubung des Gen. v. Manteuffel, über welche uns in der unten folgenden Berliner Correspondenz Näheres mitgeteilt wird, ist ganz geeignet, großes Aufsehen zu erregen. Die Ursachen der Maßregeln sollen sowohl auf dem militärischen als dem politischen Gebiete zu suchen sein. Man wollte wissen, daß die Sache mit der etwaigen Abtretung Nordschleswigs zusammenhänge, da Hr. v. Manteuffel sich bekanntlich mehr als einmal mit großer Entschiedenheit für die Untheilbarkeit Schleswigs ausgesprochen, jedoch würde in diesem Falle der General wohl erwartet haben, bis die Abtretung wirklich erfolgt wäre, die ja überhaupt noch nicht sicher ist, da die Volksabstimmung erst vorangehen muß. Nach der Ansicht Anderer soll er zu dem Schritte veranlaßt worden sein, weil

er nicht zu den Dotirten gehöre; doch ist schwer zu glauben, daß gerade Herr v. Manteuffel auf eine solche Anerkennung seitens des preussischen Abgeordneten-Hauses, dessen Zustimmung nothwendig war, rechnen konnte. Die immerhin wichtige Angelegenheit wird wohl noch zu mancherlei Conjecturen Veranlassung geben.

Hr. Bismarck hat bis jetzt jede Anfrage, ob er eine Wahl zum norddeutschen Parlamente annehme, bekanntlich ablehnend beantwortet, doch soll feststehen, daß er eine Wahl annimmt, sobald er ohne Anfrage und ohne sein Zuthun in einem Wahlkreise gewählt wird. Daher mögen ihn auch unsere Conservativen in dem Westbezirke als Candidaten stehen lassen. Uebrigens machen wir unsere Leser auf die heutige Beilage aufmerksam, in welcher seitens des Bureau's des Wahlvereins nochmals kurz und klar die Bestimmungen des Wahlgesetzes und Wahlreglements zusammengestellt sind.

Aus Oesterreich sind Nachrichten von besonderer Wichtigkeit heute nicht eingegangen; der ungarische Landtag arbeitet in den Commissionen an den Vorbedingungen des Ausgleichs.

In Italien bilden die Scialoja'schen Finanzoperations-Vorschläge, welche der Telegraph jetzt in ziemlich vollständigem Auszuge (siehe Nr. 47) mitgetheilt hat, noch fortwährend das Tagesgespräch. Wie man den „S. R.“ schreibt, ist es falsch, wenn früher behauptet wurde, daß Hr. Scialoja den Fall einer abschlägigen Antwort der Kirchen-Magnaten nicht vorgesehen habe; diese Möglichkeit wurde berührt und hinzugefügt, daß die Liquidation der Kirchengüter dennoch stattfinden werde, aber das Wie? ist bei diesem Fall noch unklar behandelt als bei dem als ziemlich gewiß vorausgesetzten Fall, daß von Rom aus die Erlaubnis zur Realisirung des Projectes durch Vermittelung des Hauses Langrand-Dumoureaux erteilt würde. Dabei ist übrigens zu bemerken, daß die 600 Millionen nur den dritten Theil des mäßig angeschlagenen Werthes der Kirchengüter bilden, daß also immer noch ein enormer Reichthum der Geistlichkeit zur Bestreitung der Cultuskosten u. s. w. nachbleibt. Auf welcher Basis eigentlich der Abschab dieser Theilung zwischen dem Staat und der Kirche beruht, wird nirgends gesagt. Uebrigens beschränkt man namentlich, daß, wenn man den Bischöfen Zeit läßt, so daß sie ganz nach ihrem Gutdünken über einige Milliarden verfügen können, es wie in Belgien gehen wird. Man wird dann, so sagt man, eine reiche, mächtige katholische Partei bekommen, welche die Wahlen beherrscht und welche, zur Regierung gelangt, jeden geheimen und offenen Einfluß begünstigt, wie das an allen Höfen der Fall ist.

Ebenso sehr versichert auch die schon erwähnte Correspondenz der „S. R.“, daß man im Vatican mit dem vorgeschlagenen System einverstanden ist und daß man von Scialoja dort gar nicht so übel spricht, wie gewöhnlich behauptet wird. Als sicher bezeichnet man es, daß die ganze Frage vor dem März nicht zur Discussion kommen werde. — Was die Fragen der auswärtigen Politik anlangt, so ist eine Pariser Correspondenz von Interesse, welche die „Opinion“ als Beilage gebracht hat und welche da eine Allianz zwischen Frankreich, Preußen und Italien erblickt, wo Andere einen Krieg voraussehen. „Wenn in Frankreich — heißt es — große Aufregung gegen Preußen herrscht, so ist dieses bei der Regierung durchaus nicht der Fall und die gegenseitigen Relationen sind so vortreflich, daß Italien sich als Mittler Preußens betrachten kann, ohne daß dadurch im Geringsten die freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich geändert werden. Dieser Umstand hat in den Augen der Diplomatie viel mehr Bedeutung als alle Ergüsse der Presse und die Geistesfreiheit einer Politik, welche 20 Jahre im Rücklande geblieben.“ Der Artikel, dessen Ursprung bei der italienischen Gesandtschaft in Paris zu suchen sein soll, giebt deutlich zu verstehen, daß bei einer Entschädigung Frankreichs die Niederlande, Belgien und die Schweiz viel mehr zu befürchten haben würden als Preußen oder Deutschland.

Die französischen Blätter bringen über die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland nur die beruhigendsten Versicherungen. Wie es heißt, wird das gelbe, sowie das blaue Buch bald nach Eröffnung der nächsten Session dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden; jenes jedoch wird, so behauptet man weiter, sehr mager ausfallen und kein auf Deutschland bezügliche Document enthalten. Ist dies richtig, so fragt es sich, ob die Majorität den Wind verstehen oder der Opposition Erlaubnis zur Interpellation erteilen will. Die „France“ deutet an, daß über die deutschen Actenstücke noch kein fester Entschluß gefaßt sei. Dagegen heißt es, daß der Kaiser, der gegenwärtig viel mit Rouher und Moutier an dem Programm der bevorstehenden Session arbeiten soll, sich in der Thronrede geradezu zu Gunsten der Einheit Deutschlands aussprechen werde. Natürlich würde dies eine Bürgschaft seiner friedlichen Intentionen für die Zukunft sein. Zugleich meint man, daß dieser Verzicht bezüglich der auswärtigen Politik eine Reform der Steuern im Innern entsprechen würde, — eine Reform, welche eine Erleichterung des Grundeigentums zur Compensation für die neuen Lasten, welche ihm die Heeresreorganisation auferlegen würde, zum Zwecke haben werde.

Uebrigens glaubt man, daß die jüngst in Bayern und Württemberg stattgefundenen Manifestationen nicht wenig zu der friedlichen Politik des Tuilerien-Cabinet's beigetragen haben. Daß die von Oesterreich inspirirten Blätter über die Erklärung des Fürsten von Hohenlohe außer sich vor Zorn sind, ist sehr erklärlich, und ebenso begreift es sich wohl auch, daß der Eindruck, welchen dieselbe in gewissen officiellen Kreisen hervorgerufen hat, kein sehr angenehmer sein konnte. Von einem diplomatischen Kreise in Paris nahestehenden Correspondenten wird darüber Folgendes geschrieben:

„Im auswärtigen Amte war man von der Rede des Fürsten Hohenlohe in der bayerischen Kammer wenig überrascht, da man von dem Memoire im Voraus unterrichtet gewesen, welches der neue Ministerpräsident vor seinem Eintritte ins Cabinet König Ludwig II. vorgelegt. Dessen verwunderter aber war man ob des Commentars der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der Auslegung, die man nach demselben dem Art. 4 des Prager Friedens-Vertrages in Berlin gegeben. In dieser läßlichen Stimmung wurde man erhalten, als die Nachricht der „Kreuz-Zeitung“ bekannt wurde, welche von preussischen Sympathien sprach, die sich mehr und mehr im Großherzogthum Luxemburg entwickelten, und auf möglichen Anschluß desselben an den norddeutschen Bund vulgo Preußen hinbeutete. Gewisse Chauvinisten in den Bureau's jenes Amtes wollen darin eine directe Beleidigung Frankreichs finden, doch geben sie wohl sicherlich nur ihre eigenen und nicht die Ideen der leitenden Kreise wieder. Aber es ist gut, schon heute darauf aufmerksam zu machen, welche Tendenzen im auswärtigen Amte sich Geltung verschaffen wollen, sobald die Erweiterung des norddeutschen Bundes nach irgend einer Seite hin, sei es über den Rhein hinaus, sei es nach Holland zu, in den Bereich der Möglichkeit tritt.“

Zu sehr ernsten Betrachtungen steht sich unter den englischen Blättern besonders die „Post“ durch die soeben berührte Erklärung der „Nordd. Allg. Zeitung“, daß die Mainlinie als eine von Preußen angenommene Grenze seiner Macht eine Fiction sei veranlaßt. In dem dieselbe darauf hinweist, daß mehrere norddeutsche Staaten wider Willen in Preußen aufgegangen seien, glaubt sie die Freiwilligkeit, mit der vielleicht ein süddeutscher Staat dem norddeutschen Bunde beizutreten entschlossen sein könnte, hinlänglich zu kennen und bezweifelt durchaus nicht, daß Europa wieder der Schauplatz

eines großen Krieges werden würde, wenn Preußen im Süden von der Mainlinie dieselbe Politik zu befolgen suchte wie im Norden. Napoleon III. aber, meint sie, — der, als er unvorbereitet war, sich mit einem sanften Proteste begnügte, würde unter anderen Umständen das Schwert ziehen, damit Preußen sich nicht zum Herrn des europäischen Festlandes mache. Der „Globe“ findet (und wie es scheint, mit Befriedigung), daß die Erfolge der preussischen Politik in Deutschland viel größer seien, als die Welt und als Preußen selbst habe ahnen können. Diese Bemerkung wird veranlaßt durch die Erklärung des Fürsten Hohenlohe, daß Bayern seine Seemacht in allen Deutschlands Integrität bedrohenden Kriegen, und somit auch in einem österreichisch-preussischen Kriege, unter den Befehl Preußens stellen würde. Wenn dem so ist, ruft der „Globe“ aus, dann sind die Tage der deutschen Stellung Oesterreichs in der That geklärt!

Ueber die Verhältnisse in Spanien giebt eine Pariser Correspondenz der „R. Z.“ in Folgendem Auskunft: „Das Ministerium Narvaez ist in unaufhaltsamem Marsche auf dem Wege der absolutesten Reaction. Augenblicklich ist das Cabinet selbst des Senats nicht mehr sicher und wie ich verburgen zu können glaube, wurde deshalb bereits die Unterdrückung des Senats in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung im Princip beschlossen. Es handelt sich für die Machthaber nur darum, irgend eine Form ausfindig zu machen, um eine derartige, aber gefügigere Körperschaft zu Stande zu bringen. Als erbitterter Gegner des Senats giebt sich bei dieser Gelegenheit der General-Capitän von Madrid, Pezuela, zu erkennen, der einfach den Vorschlag gemacht hat, auf die alten Estamentos zurückzugreifen und den künftigen Senat nur aus den Reihen der höchsten Aristokratie zu recrutiren. Narvaez dagegen scheint sich noch, diese Maßnahme zu adoptiren und so zieht er eine Zusammensetzung aus adeligen und denjenigen bürgerlichen Elementen vor, welche den höchsten Steuerfah zahlen. In gleicher Weise, wie die Unbequemlichkeiten des Senats, fürchtet man auch den Wiederzusammentritt des Abgeordneten-Hauses. Man wird deshalb die Abgeordnetenwahlen, welche auf den 1. März angesetzt waren, um einen Monat verschieben und die Einberufung der Cortes, anstatt Anfang April, erst Ende Mai stattfinden lassen.“

Deutschland.

— Berlin, 28. Januar. [Die Diätenfrage. — General v. Manstein. — Die Militärverhältnisse des Nordbundes.] Die Zweifel, welche über die Diätenfrage für die Abgeordneten des Parlaments obwalteten — wollte man doch hier und da wissen, die Regierung sei jetzt selbst dafür — sind gelöst, nachdem die Commission des Herrenhauses bereits beschlossen hat, dem Hause die Ablehnung des vom „zweiten Hause“ angenommenen Antrages Pauc zu empfehlen. So etwas läßt sich bekanntlich die Majorität des Herrenhauses nicht zwei Mal sagen und damit ist die Sache entschieden, wie es vorauszu-sehen war. Wenn die Sache der nach jeder Richtung hin gesicherten Unabhängigkeit der Parlamentsmitglieder Ernst war, der wird diese Wendung der Angelegenheit nur beklagen können. Das hiesige Central-Wahlcomité hat bereits Schritte gethan, um in Ausführung seines neulichen Ihnen mitgetheilten Beschlusses, den liberalen Parlamentsmitgliedern aus Preußen Reisegelder und Diäten zu zahlen, und diese Maßnahmen haben gesicherte Aussicht auf Erfolg. Es fehlt nicht an Mitteln, welche dem Comité zu Gebote gestellt werden und hierzu kommt die wohl gegründete Annahme, daß ein beträchtlicher Theil von Mitgliedern sich nicht in der Lage befinden möchte, die Thätigkeit des Comités in Anspruch zu nehmen. — Das Herrenhaus wird nun wohl täglich Sitzungen halten, um in Masse das vom Abgeordnetenhaus durchberathene Material zu erledigen. — Heute Mittag fand ein Ministerrath statt. — Die Angabe, wonach die Ernennung des Generals v. Manstein zum commandirenden General des 9. Armeecorps an Stelle des auf ein Jahr beurlaubten Generals v. Manteuffel erfolgt ist, wird bestätigt. General v. Manstein ist gestern von Sr. Maj. dem Könige empfangen worden; derselbe gilt als ein Mann von mildem und vermittelndem Wesen und doch von energischem Charakter. Man knüpft an die Uebernahme seines jetzigen Postens die günstigsten Erwartungen für seine Beziehungen zu der Bevölkerung der neuen Provinzen. — Durch die Militärverhältnisse der norddeutschen Bundesstaaten sind zu dem Brigadverbande der preussischen Armee getreten: 34 Bataillone Infanterie und Jäger 18,156 Mann, 12 Schwadronen Cavallerie 1782 Mann. Davon kommen aus Mecklenburg-Schwerin 5 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Dragoner; aus Oldenburg 3 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Reiter; Braunschweig 3 Bataillone Infanterie, 4 Schwadronen Husaren; auf Weimar, Anhalt und die Hansestädte je 3 Bataillone; auf Coburg-Gotha, Altenburg, Meiningen, Lippe je 2 Bataillone; Mecklenburg-Strelitz, Hesse, Waldeck, beide Schwarzburg und Reuß je 1 Bataillon Infanterie. Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg und Braunschweig haben außerdem Artillerie und Pioniere, welche noch keinem Theile der preussischen Armee zugetheilt sind. Sachsen bildet ein Armeecorps für sich.

○ Berlin, 28. Jan. [Die Beurlaubung des Generals v. Manteuffel. — Das Befinden des Königs. — Die National-Invaliden-Stiftung. — Das Landes-Defonomie-Collegium. — Die Pariser Ausstellung.] Die Angelegenheit des Generals v. Manteuffel beschäftigt jetzt die Zeitungen in hohem Grade; die „R. Z.“ berichtet, der General habe seine Entlassung erbeten und erhalten, bleibe aber General-Adjutant des Königs; von anderer Seite wird erzählt, er sei auf ein Jahr beurlaubt worden. Wir haben uns nach dem wahren Sachverhalt erkundigt und erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß er allerdings einen Urlaub für ein Jahr erhalten hat, von seiner Stellung als Commandirender des 9. Armeecorps in den Elberzogthümern aber abberufen ist. Daß er sein Amt als General-Adjutant noch beibehält, steht damit in gar keinem Zusammenhang; dies ist eine dauernde Stellung. Allerdings hat der General in jenem anderen Amte als General-Adjutant längere Zeit nicht als diensttuend fungirt, da seine anderweitige Beschäftigung ihn daran hindert, und auch jetzt wird er nicht wieder zu diesem Posten zurückkehren, sondern nach Merseburg gehen, wo er Dombert ist. Mit seiner Abberufung von seinem Commando und seinem Urlaub kann schon deshalb eine Enthebung von seiner Stellung als General-Adjutant nicht verbunden sein, weil diese nur auf besonderen Beschluß des Königs stattfinden kann. Natürlich erregt auch diese Beurlaubung großes Aufsehen, und darf man sich nicht verhehlen, daß dieselbe auf erhebliche Veranlassungen zurückzuführen ist, welche sowohl auf militärischem als politischem Gebiete zu suchen sein dürften. Abgesehen von anderen Differenzen, welche sich herausgestellt haben mögen, hat auch wohl seine jetzige Stellung in den Herzogthümern zu manchen Verwickelungen Veranlassung

fung gegeben, da er früher dort Generalgouverneur mit unumschränkter Vollmacht war, jetzt aber nur commandirender General, der dem Civil-Geschäft, wie jeder andere Commandirende, nur beigeordnet ist. — Das Befinden des Königs, dessen Unwohlsein bekanntlich eine katarthaltige Affection war, nimmt einen günstigen Verlauf und konnte derselbe schon wieder Vorträge entgegennehmen und die laufenden Arbeiten erledigen. Nur Schöpfung haben ihm die Ärzte noch anzufohlen, weshalb auch heute die Cour wieder abbestellt worden ist. Der Kronprinz hat vorgestern Abend wieder eine Sitzung des Geschäftsausschusses der Victoria-National-Invaliden-Stiftung beigewohnt, die mehrere Stunden gedauert, und dabei den Wunsch ausgesprochen, daß die Zweig-Vereine in den Provinzen sich dem hiesigen Central-Verein anschließen möchten. Uebrigens zeigt sich für diese Stiftung jetzt größere Regsamkeit im Lande und sind schon circa 50 Zweigvereine als constituiert beim hiesigen Centralvereine angemeldet; die Veröffentlichung der Namen der Beiträgen und ihrer Beiträge wird in den nächsten Tagen begonnen werden. Auch die Stiftung „Nationalbank“ ist noch in voller Blüthe; die letzte Kassen-Revision am 31. Dezember weist ein Vermögen von 158,320 Thalern nach. — Der „Staats-Anzeiger“ wird bald die neue Zusammensetzung des Landes-Deconomie-Collegiums publiciren. Die Einberufung des früher hannoverschen Ministers Grafen Borries, der sich vor dem stets den preussischen Interessen sehr abgeneigt gezeigt, ist dadurch bedingt, daß er Vorsteher des landwirthschaftlichen Hauptvereins in Gelle ist. Nach einer Bestimmung nämlich sind alle Vorsteher von Haupt- oder Central-Vereinen schon von selbst Mitglieder des Landes-Deconomie-Collegiums, so daß die Anwesenheit des Grafen Borries nicht zu umgehen war. — Vor einigen Tagen ist hier aus Paris die Meldung eingegangen, daß wahrscheinlich in Folge der eingetretenen Kälte die Eröffnung der Ausstellung etwas verzögert werden würde; dieselbe sollte bekanntlich am 1. April stattfinden, doch fürchtet man, daß man eben der Kälte wegen nicht mit den Vorarbeiten, namentlich einer Eisenbahn, die nach dem Industriepalaste führen soll, fertig werden wird. Zwar hat die strenge Temperatur jetzt nachgelassen, und hegt man deshalb hier die Hoffnung, daß man die Eröffnung doch noch rechtzeitig bewerkstelligen können werde, doch ist eine Benachrichtigung darüber hier noch nicht eingegangen.

[Der Abgeordnete v. Waligorski] hat an die „Kreuztg.“ folgende Zeilen gerichtet:

Gehrter Herr Redacteur! Ihre Bemerkungen zu meiner Interpellation bezüglich des Grenzbestandes mit Ausland in Nr. 23 der „Kreuztg.“ veranlassen mich zu folgender kurzen thattsächlichen Berichtigung:

Die von Ihrem Blatte gebrachte, einer Correspondenz des russischen Regierungs-Organs „Dziennik Warszawski“ entlehnte, Nachricht von einer vorbereiteten Monstre-Petition der polnischen Emigration an das zukünftige norddeutsche Parlament gegen die Einberufung Polens und Westpreußens in den norddeutschen Bund — ist factisch unwahr, innerlich aber unwahrscheinlich, weil, meines Wissens, die Polen dem bevorstehenden Reichstage des norddeutschen Bundes die Competenz abspreschen, aber die gut. Einberufung Polens und Westpreußens einseitig rechtlich zu beschließen.

Schleswig, 26. Jan. [Zum Abschiede des Generals v. Man- teuffel.] Die „Schleswiger Nachrichten“ melden: Unsere städtischen Collegien haben gestern Abend in außerordentlicher Sitzung Sr. Excellenz dem General v. Manteuffel in Anerkennung seiner hohen Verdienste um das ganze Land als früherer Gouverneur und seiner bewährten höchsten Theilnahme für das Wohlergehen Schleswig-Holsteins, insbesondere auch unserer Stadt, einstimmig das Ehrenbürgerrecht zu ertheilen beschlossen, zu dessen Annahme noch die allerhöchste Genehmigung nachzusuchen ist. Leider ist bei dieser Gelegenheit den städtischen Collegien eine Mittheilung geworden, die sich schnell in der ganzen Stadt verbreitete. Der General hat die Anzeige gemacht, daß er von Sr. Maj. dem Könige auf sein Abschied von dem Posten eines commandirenden Generals des 9. Armee-corps entbunden und unter Gewährung eines einjährigen Urlaubs zur Herstellung seiner angegriffenen Gesundheit in die königliche General-Adjutantur zurückversetzt sei.

Hannover, 26. Januar. [Dem Bürgermeister Assessor Keil] zu Burgdorf ist nach dem „H. A.“ auf Befehl des Herrn General-Gouverneurs am Sonnabend die Weisung zugegangen, am genannten Tage die Stadt zu verlassen, widrigenfalls derselbe nach der Festung Minden abgeführt werden solle.

Österreich.

Wien, 27. Jan. [Die Wahlen und der Clerus. — Haltung der Polen.] Die Hauptbühne der Concordatswirthschaft in Oesterreich gehen einen gefährlichen Weg, indem sie bei diesen Wahlen, welche auf lange hinaus über die Zukunft der Deutschen in Oesterreich entscheiden, in einer für Männer Gottes und für geborene Deutsche wahrhaft lächerlichen Weise gegen ihr eigen Fleisch und Blut Partei ergreifen, um den Römlingen besser zu dienen. Diese Felonie muß und wird sich rächen, ja, man braucht eben kein Prophet zu sein, um ziemlich klar zu erkennen, wie die Vergeltung hereinbrechen wird über Kirchenfürsten, die ihren geistlichen Beruf und ihre Abstammung an den Nagel hängen und mit der einen Nationalität in der ihnen anvertrauten Heerde zur Unterdrückung der anderen Partei ergreifen — lediglich weil sie sich durch solchen Verrath besser die Privilegien zu sichern hoffen, die den Prälaten das Concordat verleiht. Oder bildet man sich im Ernste ein, daß die Deutschen während es ihrem Seelenhirten, dem Erzbischof von Olmütz, Fürsten v. Fürstenberg, jemals vergessen werden, wenn er — ein Mann von rein germanischer Abkunft, der keine Silbe slavisch kann — in der gegenwärtigen Krisis eine confidentielle Curande gegen sie erläßt, worin er den Curatelerus vertraulich informirt, daß

das Interesse der Kirche und der Geistlichkeit die rückwärtslose Geltendmachung des clericalen Einflusses zu Gunsten der geistlichen Landtags-Candidaten verlange? Noch fanatischer arbeitet Cardinal Fürst Schwarzenberg in Prag daran, die Deutschen in Böhmen unter das geistliche Joch zu beugen. Mögen die Herren ihren Willen haben! Sie erleben es heute schon, daß die Deutschen energisch auf die Trennung der Diocesan-Prengel nach den Nationalitäten dringen — und werden noch andere Dinge erleben! Ist doch nichts in der Welt im Stande, die Beschläger des Concordates und der Jesuiten auch dem ungebildeten Bauer schneller und gründlicher verhaßt zu machen, als wenn er sieht, wie diese Backen jetzt, wo die Deutschösterreicher zum ersten Male als eine stramm disciplinirte Partei in die politische Action eintreten, die ganze Macht Roms in die Waagschale der Gerechtigkeit werfen. Nein, es ist kein Schade, es ist ein Glück, daß zwischen Deutschthum und Ultramontanismus in Oesterreich das Eischuch für immer entzweitgeschnitten wird. Es geht langsam, daß man den Deutschösterreichern in politischen und religiösen Dingen ihr Schwarzgelbthum austreibt, aber Graf Belcredi bringt es zuletzt doch zu Stande. Durch ihre Allianz mit den rohesten Elementen des Slavismus, mit Slovenen und Czechen, gerade in dem Momente, wo die Deutschösterreicher das Fest ihrer politischen Auferstehung feiern, scheiden die Vorkämpfer des Concordates sich selber gleich einer materia peccans aus dem gefunden Leibe ihrer Nation aus! Auch dem blödesten deutschen Auge gegenüber thun sie sich durch diesen Pact verdientermaßen bei ihren eigenen Landsleuten in Acht und Bann, genau so wie die Schwarzen in Mexico, als sie Napoleons Hilfe anriefen, um der Liberalen daheim Herr zu werden! Die Strafe für dieses unheilige Bündniß wird hier so wenig lange auf sich warten lassen, wie jenseits des Oceans! — Uebrigens zeigt sich jetzt auch in Galizien, was die slavische Propaganda werth ist, nämlich deren Graf Belcredi das Magyarenthum im Zaume zu halten gedachte, nachdem er das deutsche verfassungstreue Bürgerthum todtegemacht. Seinem Coquetiren mit den Czechen mußte er bekanntlich nach dem Tode von Königgrätz engere Grenzen ziehen, weil die Anhänger der Bengelkrone, weit entfernt, den Magyaren ein Paroli zu bieten, deren Separationsgelüste vielmehr nur imitirten. Seitdem hat er den Polen seine ganze Zärtlichkeit zugewendet, nun aber muß er erleben, daß dieselben genau in die Fußstapfen der Czechen treten. Bei den Wahlen machen die Einen sich lustig über den „Außerordentlichen“ als über einen neuen Centralisationsversuch, wie Graf Borsowski — die aber wie Ziemialowski für dessen Beschäftigung plaidiren, machen kein Hehl daraus, daß sie denselben nur als eine bequeme Handhabe zur Auflösung Oesterreichs in eine Serie von „historisch-politischen Individualitäten“ betrachten. Ungarn hat seine 1848er Artikel und nun verlangt Ziemialowski auch für Galizien einen Vicekönig, der unumschränkt über alle Beamten des Königreiches verfügt, einen eigenen obersten Gerichtshof, Autonomie des kemberger Landtages in Schul-, Justiz- und Steuerwesen und einen Postkanzler, der das Land zu Wien im Confeil der Minister als bevollmächtigter Gesandter vertritt. Sie sehen, es ist kein Halt mehr auf der schiefen Bahn!

Italien.

Florenz, 23. Jan. [Prinz Carignan. — Zur Mission Tonello's. — Zur Kirchengüterfrage.] Prinz Carignan geht nach Neapel und wird durch Rom reifen, doch ohne sich daselbst aufzuhalten. Die päpstliche Regierung hat das Wisa der Pässe nur für diejenigen Reisenden, welche auf der Eisenbahn die römischen Staaten passiren, aufgehoben. — Herr Manin, ein ehemaliger Beamter im Justizministerium, ist nach Rom gesandt worden als Ueberbringer neuer Weisungen für Marquis Tonello. — Die Agitation gegen das Langrand-Dumonceau'sche Project nimmt zu.

[Die Differenz mit der Pforte] wegen der Affaire des „Principe Tommaso“ ist beigelegt, indem die angestellte Untersuchung ergeben hat, daß der Bericht des italienischen Commandanten der richtige war und daß die von der türkischen Diplomatie angeführten Thatsachen der Wahrheit nicht entsprechen. Die Pforte hat daher die verlangte Genugthuung zugesagt und das Recht der Dampfschiffahrt-Gesellschaft, welcher der „Principe Tommaso“ angehört, auf eine angemessene Entschädigung anerkannt. Der Betrag dieser Entschädigung wird schiedsrichterlich festgesetzt werden.

[Die Ordensverleihungen an Freiwillige.] Da die Weigerungen von Freiwilligen, die für den letzten Feldzug decretirten Belohnungen anzunehmen, immer häufiger zu werden beginnen, so tritt jetzt der Garibaldinische General Fabrizi öffentlich auf und nimmt die Verantwortung für die betreffenden Decrete auf sich, indem er versichert, daß er sich ganz an die Vorschläge der einzelnen Corpscommandanten gehalten habe und im Einverständniß mit Garibaldi vorgegangen sei. Die Ordensverleihung an den Obersten Missori war von Garibaldi selbst vorgeschlagen worden und die Anträge des Majors v. Bolognini für das von ihm befehligte Regiment wurden gewissenhaft berücksichtigt. Fabrizi erklärt, Bolognini habe ein schlechtes Gedächtniß, wenn er jetzt etwas Anderes behauptet. Jene Weigerungen haben einen schlechten Eindruck gemacht und man lobt den General Fabrizi, daß er durch seine Erklärung dem Skandale ein Ende gemacht habe, da man im Publikum hinter jenen Weigerungen meist nur die Motive verletzter Erwartung und Eitelkeit vermuthet. Eine Ausnahme von der allgemeinen Miß-

billigung macht Alberto Mario, der, seinen republikanischen Gesinnungen treu, derartige Belohnungen bisher stets zurückwies und sogar die Wahl zum Deputirten wegen seiner Abneigung gegen eine monarchische Verfassung ablehnte.

[Personalien.] Der General-Secretair im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, Comthur Cerrutti, soll als bevollmächtigter Minister nach Konstantinopel gehen und in seiner jetzigen Stellung Herrn Guennieri Carozaja zum Nachfolger erhalten. Herr Albert Blanc wird wahrscheinlich die politische Leitung in diesem Ministerium bekommen. — Der neu ernannte österreichische Gesandte, Baron Rübe, wird nächsten hier erwartet; Baron Brud wird als Legationsrath hier bleiben; man berichtet, daß General Wörner ebenfalls der österreichischen Gesandtschaft zugetheilt werden soll.

[Persano's Proceß] wird niedergegeschlagen werden, so glaubt man allgemein; auch die Anklage auf Unfähigkeit soll fallen gelassen werden. Admiral Persano hat die Absicht, Italien zu verlassen und sich in Südamerika anzusiedeln.

[Das Marine-Budget,] wie es jetzt in seiner endgültigen Gestalt vorliegt, hat bloß eine Verringerung von 4 Millionen aufzuweisen und beträgt 43,204,667 Fr.

[Oesterreichsches und italienisches Polizeiwesen.] Die „Voce del Popolo“ von Udine stellt einen Vergleich an zwischen den Kosten der militärischen Polizeimacht unter der österreichischen Regierung und der italienischen. Die österreichische Regierung, sieben verschiedene Nationalitäten beherrschend, von denen mehrere in beständiger Feindseligkeit gegen dieselbe verharren, und mit einer Bevölkerung von 37 Millionen, hatte niemals mehr als 18 Regimenter Gendarmerie, jedes von 1000 Mann, welche zusammen mit der bewaffneten Polizeimannschaft 20,000 Mann zählten. Nach dem Verluste der Lombardie wurde die Gendarmerie im Jahre 1860 auf 10 Regimenter reducirt, so daß die gesammte bewaffnete Polizeimacht im ganzen Reiche nur 10,500 Mann betrug. Die Kosten der Gendarmerie waren zu Lasten der Provinzen und das Friaul zahlte dafür jährlich 35,000 Fl. oder 87,000 Lire. Das Königreich Italien hat anstatt der Gendarmerie die Truppe der Carabinieri. Mit einer Bevölkerung von 24 Millionen einer und derselben Nationalität hat Italien 20,000 Carabinieri und noch dazu die Sicherheitsgarde. Der Sold der Carabinieri beläuft sich auf 22,681,000 Lire. Wenn Italien seine Gendarmerie in gleiches Verhältniß wie Oesterreich stellte, würde es 7000 Carabinieri haben, welche etwa 8 Millionen kosteten. Aber wenn auch diese Zahl auf 10,000 erhöht würde, so würde sich noch immer ein Ersparniß von 11,340,000 Lire ergeben. Das Friaul hat jetzt für seinen Antheil an den Kosten der Carabinieri 320,000 Lire zu zahlen. „Welcher enorme Unterschied!“ sagt das Udinese Blatt. „Unter Oesterreich, einer fremden, tyrannischen, drückenden Regierung, kostete die Gendarmerie 87,000 Lire im Jahre. Heute, wo wir eine nationale, liberale, unsere eigene Regierung haben, geben wir 320,000 Lire dafür aus. Wozu dieser Luxus?“

Rom, 22. Jan. [Die Stimmung in den conservativen Kreisen.] Es beruht — schreibt man der „R. Ztg.“ auf Täuschungen, wenn man glaubt, daß die lokalen Demonstrationen der Römer auf diesen und jenen festlichen Anlaß hin in dem Grade zunehmen, wie die Lage der Regierung bedenklicher wird. Das zeigte sich wieder am Freitag bei Petri Stuhlfest, wo noch vor einem und zwei Jahren keine Beamtenfamilie fehlte, zu der allgemeinen Suldigung des Papstes durch ihre Gegenwart beizutragen, und von einer Festbeleuchtung des Abends war so gut wie gar nicht die Rede. Die Stimmung, man fühlt es, hat sich auch in den conservativen Kreisen sehr geändert; wenn die Unbetheiligten sich freuen, daß es mit der Lösung der römischen Frage endlich Ernst und dem drückenden Zustande zwischen Leben und Sterben ein Ziel gesetzt wird, so stehen jene mit diesen fast auf gleichem Boden. Sie fühlen, daß die Theorie der weltlichen Herrschaft des Papstes von den Gegnern in's Herz getroffen ist, es bleibt den Anhänglichen nur übrig, ihr einen ehrenvollen Tod zu wünschen.

[Herr Tonello,] der in den letzten Tagen verschiedenen Cardinälen seine Aufwartung machte, soll von dem einen oder anderen weniger freundlich, als er erwartete, empfangen worden sein. Cardinal Bilio, der Piemontese, der nun zum Erzbischof von Turin bestimmt ist, soll Hrn. Tonello den Geist der florentiner Kammern als „unverträglich mit einem dauernden Kirchenfrieden“ bezeichnet, überhaupt wenig Vertrauen gezeigt haben, daß irgend welches Abkommen erprieslich sein könne, „da unter den maßgebenden Umständen das Princip der Kirche in seiner Reinheit eine Maske anlegen müsse, die sie doch einmal wieder abzunehmen habe“. Tonello bemerkte, daß jede Revolution von solchen Folgen begleitet sei; die italienische Regierung ihrerseits sei entschlossen, durch ein verständliches Entgegenkommen die bisherigen praktischen Nachtheile zu beseitigen und durch Concessionen wieder gut zu machen. Dem Cardinal schien das „zu spät, mithin nicht mehr möglich“ zu sein.

[Das römische National-Comite] hat folgende neue Proclamation erlassen:

An die römische Emigration. Brüder! Als ihr aus unseren Reihen tratet, entweder weil von unseren Tyrannen vertrieben oder um als Vorkämpfer für die Unabhängigkeit des Vaterlandes die Waffen zu ergreifen, oder auch nur ins Exil ginget, weil das Werk, an welchem seit siebenzehn Jahren mit fester Entschlossenheit gearbeitet wird, verlagert war, da habt ihr es nicht ausgegeben, sondern vielmehr auf anderem Boden noch kräftiger fortgesetzt und durch die offene Bekämpfung der Feinde Italiens, durch das Ertragen nationaler Vorbeere die Ehre Roms stolz aufrecht erhalten und das Verlangen aller Italiener nach ihrer Hauptstadt erweckt. Ihr seid also unter allen Kindern dieses edlen Landes die Auserwählten, denen, abgesehen von ihrem Antheile an der gemeinsamen Arbeit, noch vorzugsweise die Ehre zukommt, zu kämpfen und zu bulden. Die Augen Roms waren immer ängstlich auf euch gerichtet. Rom hat euch trotz seines ihm aufgezwungenen Schweigens immer Beifall zugerufen; Rom war immer stolz auf euch! Jetzt ruft es euch, und mehr als je. Europa hat uns jetzt mit unseren langjährigen Unterdrückern allein gelassen: unser Geschick ist in unsere Hand gegeben, und wir werden es zu erfüllen wissen. Dieser scheinbare Ruhe, die an der Oberfläche herrscht, ist nur die Asche, unter welcher die heilige Flamme glüht, die bald empor-

Theater.

Montag, 23. Januar, zum ersten Male: „Fürstin Drsin“, Schauspiel in 5 Acten von Ludw. Alb. v. Winterfeld und Alfr. Schr. v. Wolzogen.

Auf das erste Stück der Autoren, die Tragödie „Blanche“, ist schnell das zweite, das Schauspiel „Fürstin Drsin“ gefolgt. Ohne weiter auf einen Vergleich der beiden Productionen einzugehen, wollen wir nur soviel bemerken, daß „Blanche“ poetischer, „Fürstin Drsin“ realistischer gehalten ist, daß an dem ersten Stücke das Herz, an dem letzteren der Verstand mehr Antheil hat. Wir werden bald sehen, wie durch den vorherrschenden Verstandes-Calcül in dem neuen Stücke die Vorzüge wie die Mängel desselben bedingt sind.

Die Handlung spielt am Hofe König Philipp's V. von Spanien, des Enkels Ludwig XIV., des ersten Bourbon's aus dem spanischen Throne. Der König steht vollständig unter dem Einflusse seiner Favoritin, der Prinzessin Drsin, die er auch auf den Thron zu erheben gedenkt, während ein schlauer, diplomatischer Agent, der Abbe Alveroni, die Verheirathung des Königs mit der Prinzessin Elisabeth von Parma zum Ziele hat. Wir besitzen ein Lustspiel von Gottschall, „die Diplomaten“ (in Breslau im Jahre 1855 aufgeführt), welches denselben Stoff behandelt, ihn aber als politische Comödie gestaltet, so daß die Diplomatie ad absurdum geführt und alle diplomatischen Schwindelereien durch die reine Sprache des Herzens zu Schanden gemacht werden.

Unsere Autoren verfolgen ein ganz anderes Ziel. Die Intrigue um die Verheirathung des Königs mit Elisabeth Farnese bildet nur den Hintergrund, und die zukünftige Königin wird gar nicht in die Action gezogen. Als Mittel- und Schwerpunkt für das Intriguenpiel ist hier vielmehr der Sturz der Fürstin Drsin hingestellt, und die mannigfachen Kaden werden ineinander geschlungen, um diesen Sturz herbeizuführen. In der Leitung dieser Intrigue, in der Verknüpfung, Schürzung und Lösung des Knotens haben die Autoren ein großes dra-

matistisches Geschick bewiesen. Anlage und Entwicklung der Handlung, Gruppierung der Charaktere, Vertheilung der Effecte, das Alles befindet eine Reihe des Urtheils und eine verständnismäßige, realistische Auffassung der Bühne, wie man dies sonst bei Neulingen in der dramatischen Dichtung gerade nicht gewohnt ist. Wie bei einem wohlwogenen Schauspiel ist jeder Zug in unserem Stück von gut durchdachter Ueberlegung und der Zuschauer erfreut sich an der gewandten Ausführung einer geistreichen Combination, die mit der Genauigkeit eines Rechenexempels zum Abschluß gelangt.

Aber diese Vorzüge weisen zugleich auch schon auf die Mängel des Stückes hin. Dasselbe beschäftigt so sehr unsern Verstand, daß das Herz dabei leer ausgeht. Die Personen, bis auf Eine, lassen uns zu meist kalt, und diese Eine, alle Anderen an Geist, Gemüth und Seelenadel überragend — die Fürstin Drsin — sie erfährt vor unsern Augen die härteste Demüthigung und Züchtigung. Das widerstrebt dem Gefühl. Es ist wahr, die Fürstin hat vor zwanzig Jahren ein Verbrechen begangen, und durch eine Vertretung von Umständen wirkt die Frucht jenes Verbrechens zu ihrem gegenwärtigen Sturze mit. Aber was vor so langer Zeit geschah, berührt uns wenig, und auf der Bühne wirkt nur, was wir mit eigenen Augen sehen, und dies spricht ganz zum Vortheil der Fürstin. Sie beherrscht den König, aber mit Recht, denn er macht den Eindruck eines Schwachsinners. Sie ist ehrsüchtig, sie will Königin von Spanien werden, wir können das nur gerechtfertigt finden, denn sie besitzt die Eigenschaften zur Herrscherin. Die Fürstin hat alle unsere Sympathien, der Sieg aber verbleibt ihren Gegnern, denn so will es die Staatsraison. Das dünkt uns ein Cardinalfehler. Denn die schließliche Befriedigung des Zuschauers liegt naturgemäß darin, daß diejenige Person, welche seine Theilnahme findet, schließlich auch Recht behält. Tritt das Gegentheil ein, so entsteht ein Widerspruch der Gefühle, was nothwendiger Weise das Erkalten des Interesses zur Folge hat.

Die Autoren haben es allerdings versucht, der Heldin ein Gegen- gewicht zu schaffen, das aber nicht schwer genug wiegt, um die Schale auf Seiten der Fürstin leicht zu machen. Nach dem „Marquis von Castanaga“, als berechtigtem Repräsentanten des Nationalitätsgefühls, ist es besonders der jugendliche Ritter „René von Balangis“, der dazu auferstehen ist, als Gegner der Fürstin unsere Theilnahme herauszufordern. Der Erstere tritt aber nur episch auf und der Letztere, obwohl mit glänzendem Rüstzeug ausgestattet, vermag uns keine Sympathien abzugewinnen. Weder die Ursache seines Hasses gegen die Fürstin, noch die Mittel, deren er sich zur Ausführung seines Racheplanes bedient, sind dazu angethan, Interesse und Zustimmung hervorzurufen. Zwanzig Jahre alt, kommt er aus Frankreich nach Spanien, um eine noch vor seiner Geburt der Mutter angefallene Schmach zu rächen. Er hat diese Mutter auch nie gekannt, denn sie starb bei seiner Geburt. Wir können uns weder für diese Geschichte von ehemals, die uns beläufig mitgetheilt wird, noch für das Rachegefühl in dem jungen Gemüthe erwärmen und noch weniger behagt uns die Heuchelei, mit welcher der junge Ritter die Zuneigung der Fürstin zu gewinnen sucht. Sein ganzes Wesen hat vielmehr etwas Abstoßendes, er macht den Eindruck eines Menschen, der sich gewaltsam in ein stilles Schauspiel verlegt, um sein heuchlerisches Benehmen gerechtfertigt zu finden. Die Reue der Fürstin über ihre Jugendtünde hingegen ist natürlich und wahr und unser Mitleid ist um so stärker, als wir davon unterrichtet sind, daß dieser Ritter, in Unwissenheit über seine Abkunft, der Sohn der Fürstin selbst ist. Die Kermesse erduldet die Qualen einer Eucrazia Borgia, ohne mit deren Verbrechen befecht zu sein. Gegen solche Härte sträubt sich unser Gefühl und wir scheiden mit einer Dissonanz, da diejenige, welche unsere Theilnahme vor allen Anderen gewonnen, diesen Anderen zum Opfer überlassen wird.

Das Stück konnte bei seinen vielen Vorzügen nicht verfehlen, eine höchst beifällige Aufnahme zu finden, und die Hauptdarsteller wurden

fordern wird. Dazu bedürfen wir aber auch aller unserer Kräfte. Ihr, die Besten, dürft also im entscheidenden Augenblicke nicht fehlen. Welcher Zwiespalt, welche Meinungsverschiedenheit euch auch trenne, bringet sie dem einzigen und heiligen Ziele zum Opfer dar. Helft uns, diese Satelliten priesterlicher Tyrannei, die eure Stelle einnehmen, wegzufegen. Die Stunde, obgleich nahe, hat noch nicht geschlagen: aber wir müssen uns verständigen, damit im rechten Augenblicke kein Römer beim Rufe des Vaterlandes fehle. Brüder, wir erwarten euch, wir zählen auf euch!

Rom, 11. Januar 1867. Das römische National-Comité.

Franreich.

* Paris, 26. Jan. [Die Reformen und die Conservativen.] Der eigentliche Mann der Situation ist nach wie vor Rouher, der bei der letzten Krise eine überwiegende Geriebenheit und Personenkenntnis bewiesen hat und den ein großartiger, oder wie Andere meinen, ein höchst gefährlicher Ehrgeiz leitet. Die „Liberté“ zerbricht sich den Kopf über ihn, ob er der französische Peccolus werden und die liberale Periode begründen werde, und die „France“ stimmt ihr insofern bei, als sie wiederholt den Satz versetzt, die Conservativen müßten jetzt Hand an die Entwicklung der Januar-Decrete legen. Aus diesem Grunde ist die „France“ auch gegen alle Stimmen, welche eine Auflösung der zweiten Kammer befürworten.

Die Majorität, meint sie, welche bisher sich so ergeben gezeigt, müsse und werde sich jetzt in Bewegung setzen, nachdem der Kaiser den Anstoß dazu gegeben habe; seit 1789 sei es Frankreichs Unglück gewesen, daß die Conservativen von den liberalen Ideen abtrünnig geworden und dadurch diesen das Gegengewicht geraubt und zu Extremen geführt hätten. Wären 1789 die regierenden Klassen, statt das Land zu verlassen, bei der Stange geblieben, so würde die Revolution nur eine glorievolle Reform geblieben sein; hätte 1829 die Restauration-Politik sich um Martignac geschart, statt immer verflorierter zu werden, so wäre die alte Monarchie nicht gefallen; und wenn Guizot so viel Einsicht wie Fieschi gehabt hätte, so würde er die Majorität auf die Bahn des Fortschritts gewiesen haben und die Republik wäre nicht ausgerufen worden. So auch habe jetzt die conservatieve Partei ihr Schicksal und vielleicht auch das des Landes in der Hand; wenn sie sich isolirt, wenn sie schmolle, wenn sie sich zurückziehe, wenn sie sich in unhaltbarem Widerstand einläßt, so werde sie notwendig die Macht zu Grunde richten, die ihr der Kaiser seit 18 Jahren verlieh. Daher solle sie ihre Aufgabe begreifen und ihre Pflicht thun, sich der Leitung der Bewegung zu bemächtigen und diese dadurch vor Ueberführungen zu schützen. Zum Schluß ruft die „France“ Rouher, sowie der Majorität die aus England stammenden Worte zu: „Die Liberalen verheissen euch Reformen, wir aber, die Conservativen, werden sie euch geben!“

[Aus Mexico] hat Hr. Dano einen Bericht eingefandt, der von einem neuen Decrete Maximilian's spricht, durch welches allen Führern und Mitgliedern der Insurrektion unter Garantie des diplomatischen Corps Gleitsbriefe angeboten werden, um frei und ungehindert in kaiserlichen Städten sich am nationalen Votum für oder gegen das Kaiserreich betheiligen zu können. Zu dem Ende ist der Termin der Abstimmung vom 1. auf den 10. Februar hinausgeschoben worden. Maximilian hatte sich entschlossen, während dieser Zeit im mexicanischen Versailles, 10 Meilen von der Hauptstadt, im Schlosse von Cuernavaca, seinen Aufenthalt zu nehmen. — Das „Mémorial diplomatique“ widerlegt heute die Nachricht der amerikanischen Blätter, denen zufolge der Kaiser Maximilian, falls der Congress, der am 1. Februar in Mexico zusammentritt, sich für die Republik erklärt, als Candidat zur Präsidentschaft auftreten wolle; wenn das Kaiserreich vor dem Congress keine Gnade finde, so sei er entschlossen, abzutreten. — Dasselbe Blatt meldet, daß die Versicherung von 200,000 M.-R., welche für Rechnung des Kaisers Maximilian in Hamburg gemacht wurde, Bezug auf die Möbel hat, welche für die Kaiserin nach Europa geschickt wurden. Mit diesen Möbeln wird das Haus möblirt werden, welches die Kaiserin Charlotte auf der Insel Sacroma beziehen soll, wenn ihr Zustand sich nicht bessert.

[Zur Armee-Reorganisation.] Marshall Niel versammelte gestern die Beamten seines Ressorts, um ihnen eine kleine Ansprache zu halten. Er sprach über die Armee-Reorganisation und die in den Feuerwaffen einführenden Reformen, die von der Großmachtsstellung Frankreichs gefordert würden, betonte aber am Schluß, daß in diesen Veränderungen für Niemand eine Drohung liege, da Frankreich fest entschlossen sei, von nun an friedlicher Entwicklung zu leben, was ihm freilich nur möglich wäre, wenn es nichts unterlasse, seine Armee auf achtunggebietendem Fuße zu erhalten.

[Parlamentarisches.] Die „France“ war gut unterrichtet, als sie vor acht Tagen, wo freilich der Gedanke nur erst embryonisch keimte, von der Absicht der Regierung sprach, nunmehr auch die Attribution des Senates zu vermehren, nachdem dem gesetzgebenden Körper das Interpellationsrecht zu Theil geworden. Das constitutionelle Gleichgewicht soll auf diese Weise zwischen beiden Körperschaften gewahrt bleiben. Nach einem im Schooße des Cabinets bereits fest beschlossenen Plane soll daher der Senat jetzt, gleich der früheren Pairskammer, das Recht erhalten, selbstständig Gesetze zu votiren, wogegen er bis jetzt nur außer der Beratung der Petitionen über die verfassungsmäßige Natur neuer Gesetz-Vorlagen, ohne auf ihren materiellen Inhalt eingehen zu dürfen, Zuständigkeit besaß. Außerdem würde ihm dann auch gestattet werden, aus den ihm vorliegenden Petitionen aus eigener Initiative Wünsche an die Regierung zu formuliren. Dieses neuere Einlenken in parlamentarische Bahnen scheint allerdings nur zu dem Zwecke zu erfolgen, das Interpellationsrecht der Deputirten in seinen Folgen möglichst illusorisch zu machen. — Am Donnerstag fand eine Versammlung von Deputirten der Majorität bei Walewski

statt, in der sich Herr Granier de Cassagnac in der ihm eigenen ungemessenen Weise so sehr gegen die „nicht verlangten Freiheiten“ polemisch gehen ließ, daß ihn nicht nur seine Kollegen Segris und Zorome David, sondern der Präsident des gesetzgebenden Körpers selbst ersuchen mußten, seine Ausdrücke besser zu wählen. Bei dieser Gelegenheit erwähnte Walewski auch, daß dem Kaiser vor Allem daran liege, die rückständigen Gesetzentwürfe, namentlich die über die Aufhebung der Schulhaft und des Genossenschaftswesens, in der bevorstehenden Session endlich angenommen zu sehen.

[Finanzielles.] Die Leitung der Finanzen durch Herrn Rouher ist, wie verlautet, nur eine provisorische und wird in wenigen Wochen auf Herrn Vuitry übergehen. Aus Rücksicht für Herrn Fould, dessen Schüler er ist, wollte Vuitry nicht unmittelbar seine Erbschaft antreten. Man spricht übrigens im Finanzministerium von verschiedenen Entwürfen, die in der Vorbereitung begriffen seien. Eine bedeutende Herabsetzung der Grund- und eine entsprechende Vermehrung der Mobiliensteuer wäre hiernach in der That im Anzuge. Die Interessen des Ackerbau's erfordern irgend eine Verminderung der auf ihm lastenden directen oder indirecten Steuern.

[Zur Octroifreiheit.] Das officielle Berichtungssystem, das unter dem Ministerium Lavelette eine ganz ungewöhnliche Ausdehnung erhalten hat, ist durch die Decrete vom 19. Januar durchaus nicht in Stillstand gekommen. Im Gegentheil hat der Kampf zwischen Lavelette-Haumann und Michel Chevalier den „Communiqués“ des Ministers des Innern eine ungewöhnliche Bedeutung sowohl dem Inhalt wie dem räumlichen Umfange nach verliehen. Das „Journal des Debats“ ist wieder mit einer Berichtigung heimgesucht worden, welche anderthalb Spalten füllt. Der Minister des Innern tritt nochmals für die kleine Industrie ein und führt aus, daß die große Industrie bei der Octroifreiheit in Paris „ein Privileg erhalten würde, weil diese allein die Entropf-Berechtigung ausüben könnte“. Die Verwaltung der Stadt Paris lebe auch trotz Chevalier's Bedenken nach wie vor der Ueberzeugung, „daß die vorhandenen großen Fabriken Paris nicht in Masse verlassen würden und daß man sich auch über ihren Abzug nicht zu beunruhigen habe, und zwar weder in Betreff der Arbeiter-Bevölkerung, die durch diese beschäftigt werde, noch in Betreff des städtischen Einkommens“. Vollständig bureaukratisch sucht der Minister des Innern seinen Gegner schließlich dadurch zu überführen, daß er sich weitere Erörterungen dieses Gegenstandes verbietet, indem er damit schließt: „Sei dem jedoch wie ihm wolle, die Frage scheint sich nicht zu entscheiden, denn alle Gründe für und wider scheinen von der einen und von der anderen Seite gesagt worden zu sein. Zugleich ist die Frage fortan klar und bestimmt gestellt.“ Die Pariser Stadtverwaltung erklärt nämlich, sie wolle zwar aus Paris keinen bloßen Lurus- und vornehmen Ruheort machen; sie wolle aber ebenso wenig aus der französischen Hauptstadt das werden lassen, wozu Michel Chevalier gern möchte: „ein Manchester oder ein Sheffield“.

[Die Affaire des Cafés de la Renaissance] kam gestern wieder vor das Justizpolizeigericht. Bekanntlich hatten sich von den 21 verklagten Personen 7 in contumaciam verurtheilen lassen, weil man ihnen nicht gestattet hatte, sich einen beliebigen Advocaten zu ihrem Verteidiger zu nehmen, und sie außerdem die sie betreffenden Actenstücke nicht einsehen lassen wollte. Dieses Nachspiel zu dem sogenannten Studenten-Proceß macht hier um so mehr Aufsehen, als die Debatten derart sind, daß man deutlich daraus erkennen kann, wie gefährlich es ist, wenn man die Richter des Justizpolizeigerichts mit politischen Angelegenheiten betraut, und wie schlimm die Stellung der Journale sein wird, wenn sie erst einmal unter dieser Gerichtsbarkeit allein stehen werden. Die Richter in Frankreich sind principiell unabsehbar; aber abgesehen davon, daß sie von der Regierung angestellt werden, werden sie auch von derselben befördert, und diese ist selbstverständlich und besonders, wenn es sich um politische Dinge handelt, einen großen Einfluß aus. Der Präsident des Justizpolizei-Tribunals wollte nicht, daß man Zweifel in die Glaubwürdigkeit des Polizei-Präsidenten setze, und verweigerte sogar eine jede Gegen-Instruction, wie sie der Angeklagte Tribon verlangt, da sie nicht zulässig sei, wenn die Polizei ihr Wort gesprochen habe. Und doch muß man dabei nicht außer Acht lassen, von wem die Berichte sind, auf welche sich der Polizei-Präsident und mit ihm die Richter stützen. Sie gehen von den geheimen Agenten aus, deren Interesse es natürlich ist, zu berichten, und von denen sogar die, wenn sie eine gute Affaire bringen, besondere Belohnungen erhalten. Auf solche Berichte stützt sich die vom Gerichts-Präsidenten so stark betonte Glaubwürdigkeit des Polizei-Präsidenten. Was in den Debatten aber noch auffallen muß, ist der erregte Ton des Präsidenten. Es schien, als fürchte er, daß man zu viel sage. Unter dem Vorwande, daß man nicht plaidiren dürfe, schmitt er mehrere Entlassungszeugen die Rede ab und trat mit einer Strenge gegen die Angeklagten auf, die sich nur durch die Absticht erklären läßt, daß am 5. Januar ausgesprochene Urtheil des Justizpolizeigerichts unter allen Umständen vollständig aufrecht zu erhalten. Der Gerichtshof erließ folgendes Urtheil, das dieser Angelegenheit ein Ende macht:

In Ermüdung, daß die Prozedur in Regel ist, nimmt das Gericht die gegen das in Betreff der Beschuldigten am 7. Januar letztthin erlassene Urtheil eingelegte Opposition an, zur Hauptsache: was die in Beschlag genommenen Vorentscheidungen betrifft;

In Ermüdung, daß, wenn nach den in der heutigen Sitzung abgegebenen Erklärungen derselben keinen Bezug auf eine Liste von Affiliirten oder zu affiliirenden Personen haben, es doch feststeht, daß sie die Namen sämtlicher Beschuldigten tragen, welche mit dem Sammeln von Abonnenten auf den „Candid“ betraut waren und heute gegenwärtig sind, daß sie also im Proceß verbleiben als Beweise für ein Band unter den beflagten Beschuldigten, welches Bezug auf den Zweck der Gesellschaft Surate hatte; im Uebrigen die Gründe des vorgenannten Urtheils annehmend und festhaltend;

In Ermüdung, daß es aus der Untersuchung, den Drucksachen, Büchern, Briefen und Schriftstücken, die man in Beschlag genommen hat, hervorgeht, daß alle Beschuldigten und jeder einzelne derselben seit drei Jahren Mitglieder einer geheimen Gesellschaft in Paris gewesen sind, deren Zweck es war, die sogenannten social-demokratischen Ideen durch die Action zu verwirklichen; daß dieses Vergehen vorgelesen ist durch Artikel 13 des Gesetzes vom 28. Juli 1848; nach Einsicht des Artikels 463 des Strafgesetzbuches und in Anwendung dieser Artikel verurtheilt: Tribon und Lebraud (Edmond) zu 15 Monaten Gefängnis und 100 Fr. Geldbuße, Callavaz, Genton, Villeneuve und Lebraud (Léon) jeden zu 6 Monaten Ge-

gepflegt, denn da gewiß alle Männer nicht absichtlich blind sind, so müssen wohl manchem derselben die Augen geöffnet werden, so oft er einen Blick auf die Schneider Rechnung wirft, wegen welcher die Herzogin vor Gericht geladen ist. Doch Mander wird auch nichts Neues erfahren, da die Einen nichts sehen wollen, weil sie ihrem Fortkommen zu schaden fürchten, und die Anderen sich ganz wohl dabei befinden, daß man ihrem Haushalte hilfreich unter die Arme greift. Das weibliche Geschlecht kann am Ende nicht allein der Vorwurf treffen; es ist fast zum Lurus geworden, denn es ist so Mode geworden, daß die Frauen immer von denen gedrängt werden, unter denen ihre Männer stehen. Dieses gilt aber nicht allein von den hohen und höchsten Kreisen, sondern in den unteren Klassen macht sich das nämliche System breit, und wenn die schöne Frau eines Beamten nicht den Muth hat, ihren Mann Chicanen oder sich noch Schlimmerem auszuweisen, so muß die Arbeiterin befürchten, mit ihrer Familie in Noth und Elend zu gerathen. Doch kommen wir zur Schneider-Rechnung der Frau Herzogin zurück. Der Kläger ist der bekannte Damenschneider Maugas, der sich hauptsächlich nur mit der Anfertigung von Hosen und Mänteln beschäftigt. Er zählt, wie sein Abbotat sagt, unter seinen Kunden „die Aristokratie von ganz Europa“, und zwar „von der Prinzessin Dagmar an bis zur Herzogin von Persigny“ und tiefer herab. Der Abbotat (es ist Grandmanche de Beaulieu, in der Uebersetzung wörtlich: „Groß-Aermel v. Schnort“; wahrscheinlich wählte ihn der Schneider seines Namens halber) giebt Kenntniß von der Rechnung der Frau von Persigny, sie lautet:

Herr A. Maugas.	
Hofkleider und Mäntel.	
Der Frau Herzogin von Persigny geliefert:	
Januar 1866:	Kleid von weißem, mit Gold besetztem Taffetas, mit weißem Atlas und reichen Spitzenragen und Aermeln verziert. Fr. 800.
Februar:	Balkleid von kastanienbraunem, mit silberdurchwirktem Füll, garnirt mit blauen und silbernen Schmetterlingen und mit Taffetas unterlegt. Fr. 1200.
	Domino aus kastanienbraunem Taffetas u. Fr. 350.
März:	Schwarzseidenes Costume, mit Schmelz, Bändern u. s. w. verziert. Fr. 700.
	Fr. 3050.

nach jedem Acte lebhaft gerufen. Eine ausgezeichnete Leistung war die Titelfolle in der Darstellung des Fräul. Größer, der sich die Herren Weilenbeck und Pätz, ersterer mit der fein humoristischen Behandlung des „Abbé Alveroni“, letzterer in würdevoller Haltung als „Marques von Castanaga“, auf das Beste angeschlossen. Herr Beck spielte den „René“ mit vielem Feuer, Herr Weisse den König mit guter Präsenztation und Fräul. Hedwig Stein die jugendliche „Dolores“ mit einnehmender Anmuth. Das Ensemble zeigte von einem fleißigen Studium und einem allseitig regen Eifer für das Gelingen der Vorstellung.

M. K.

Paris, 24. Jan. [Ein Proceß nach der neuesten Mode.] Gestern fand vor dem hiesigen Civil-Tribunal ein Proceß statt, der in doppelter Hinsicht interessant ist, da einerseits die vor die Schranken des Gerichtshofes Geladene die Herzogin von Persigny war und andererseits so zu sagen officiell konstatiert wird, welche ungeheuren Summen Geldes die Ballkleider der Pariser eleganten Damenwelt verschlingen. Solche Kleider, die bekanntlich nur einmal getragen werden „können“, kosten mindestens 700–3000 Fr. und darüber. Man darf daher wohl fragen, wie es unsere eleganten Damen, deren Männer oft nicht viel mehr als das Gehalt haben, das sie vom Staate beziehen, es anfangen, um sich die für die bierzig Stoirren, die sie ungefähr jeden Winter besuchen müssen, nothwendige Toilette anzuschaffen. Dazu kommt natürlich noch die Stadt- und Sommer-Toilette, sowie der obligate Schmuck, der, wenn er selbst falsch ist, wie es sehr häufig vorkommt, doch jährlich Tausende von Franken in Anspruch nimmt. Das von Marcelin dirigirte illustrierte Wochenblatt „La vie parisienne“, jedenfalls jetzt eines der geistreichsten Blätter der französischen Hauptstadt, erzählt vor einigen Wochen, wie eine Dame der salublen Welt, die, Dank eines Balcons, die intime Bekanntschaft eines „Homme du monde“ machte, in einer süßen Schärferunde einen indischen Cademirbol für sie erlassen versuchte, und wie eine bekannte Schneiderin sich nicht scheute, zu einer hochgestellten Dame, die nicht wußte, wie sie ihre Rechnung bezahlen sollte, ganz treuherzig zu sagen: „Wenn man so schön ist, wie Sie, Frau Gräfin, so sollte man nie in Verlegenheit gerathen“. Jedemfalls hat die Herzogin von Persigny, die am Ende reich genug ist, um allen ihren Raunen frohnen zu können, vielen ihrer Colleginnen einen argen Streich

Belgien.

Brüssel, 26. Jan. [Die internationale Commission zur Untersuchung der Schelde-Angelegenheit] wird in der nächsten Woche ihre Arbeiten beginnen. Die Holländer werden derselben keine Hindernisse in den Weg legen, jedoch ihre Arbeiten vorläufig ungeführt fortsetzen.

[Begnabigung.] Der König hat einen politisch Verurtheilten begnadigt, dessen Schuld und Verdammung bereits von so altem Datum sind, daß sie mit dem Alter der Person so ziemlich vergessen waren, den General Vandermeynen, Graf Vandermeynen war in die Drangfalten-Verschwörung von 1841 verwickelt und wurde in Folge davon zum Tode verurtheilt, welches Urtheil in ewige Verbannung umgeändert ward. Jetzt ist diese Verbannung aufgehoben. (R. Z.)

Großbritannien.

E. C. London, 26. Januar. [Ueber die Anklage gegen den Präsidenten Johnson] läßt sich die „Times“ in folgender Art aus:

„Se näher wir die Umstände kennen lernen, die zu dem Vorschlage geführt haben, den Präsidenten Johnson in Anklagestand zu versetzen, in desto belehrenderem Lichte erscheint diese Thatfache. Die von Mr. Stevens und seinen vertrauten Anhängern eingeschlagene Taktik mag gewaltig sein, ist aber keine vorübergehende Laune. Sie sind entschlossen, durchzuführen, was sie begonnen haben. . . . Der richterliche Ausschuss — von welchem einer der rührigsten Widersacher des Präsidenten sagt, „daß er eigens zu gerade solchem Wert constituirte worden“, so entschieden ist sein animus gegen den Präsidenten — hat seine Arbeiten begonnen, und ohne Zweifel wird er eine Reihe von Anklagen formuliren und bei dem Hause beantragen, die gegen Mr. Johnson vor der Schranke des Senats werden vorgebracht werden. Durch die Quantitätsbestimmung Mr. Johnson's wird das Princip aufgestellt, daß dem Willen der Congressmajorität von jetzt an nichts mehr entgegenstehen darf und daß die durch die Verfassung ihm gezogenen Schranken ein toter Buchstabe sind. Es werden allerdings zur Begründung der Anklage Beschuldigungen vorgebracht; aber es wird auch eingestanden, daß man von ihnen nie gehört haben würde, wenn der Präsident nicht den herrschenden Parteien entgegengehandelt hätte, und die conservativen Republikaner erkennen an, daß ein gewöhnlicher Gerichtshof sie ohne Weiteres abweisen würde. Wir können in dieser Entfernung uns nicht herausnehmen, eine Meinung über den Punkt abzugeben; aber die Annahme, daß die Anklagepunkte niedriger Art sind, wird durch die Sprache der besonnenen Mitglieder der extremen republikanischen Partei selbst bekräftigt. Schüchtern drücken sie ihre Zweifel aus an der Weisheit des Verfahrens, das ihre rücksichtslosen Geniessungsgenossen einschlagen haben. „Statuten wir nicht vielleicht“, fragen sie, „in unserem Gesetzbuche einen Präcedenzfall, der in künftigen Jahren einer demokratischen Majorität des Senats und des Hauses das Recht geben wird, die Regierung im Interesse der Sklaverei zu revolutioniren?“ Darin liegt ohne Zweifel die Gefahr. Wenn Mr. Johnson bei Seite geschoben werden soll, weil er die Majorität des gegenwärtigen Congresses hindert, ihren Willen durchzuführen, so wird kein künftiger Präsident die Verfassung gegen die Majorität des Augenblicks zu schützen vermögen.“

[Amerika und England.] Die Verwandlung der Todesstrafe der in Canada verurtheilten Fenier wurde von uns zur Zeit mitgetheilt. Jetzt liegt der Wortlaut der diese Maßregel empfehlenden Depesche des Colonialministers an den General-Gouverneur von Canada vor, die sich gegen die in beleidigender Sprache abgefaßte Mittheilung Serwards an Sir Frederic Bruce entschieden ausspricht.

„Ein Schreiben an den Rechtsanwalt der Gefangenen“ — bemerkt das „Atenstuck“ — „würde dem amerikanischen Minister alle gewünschte Auskunft verschafft haben; während ich indeß gern bereit bin, alle mögliche Fürsprache für die Verurtheilten zu leisten und zu berücksichtigen, muß ich andererseits die Justizverwaltung in Canada vor allen etwaigen Ueberwachungsansprüchen, die in dem Wortlaut der Serwards'schen Depesche zu liegen scheinen, in Schutz nehmen. Man kann aus diesen Worten eine Forderung von Seiten der Vereinigten Staaten entnehmen, Proceß, die in Canada verhandelt werden, zu revidiren und als Appellbehörde über dieselben zu Gericht zu sitzen. Es würde das eine Forderung sein, die wahrscheinlich die Vereinigten Staaten zuerst bereuen würden, nicht nur weil eine Nation, die so eiferfüchtig über ihre eigene Ehre wacht, mit scrupulöser Gewissenhaftigkeit zurückschrecken würde, ein Verlangen zu stellen, dessen Erfüllung mit den Rechten und der Würde eines unabhängigen Staates unvereinbar wäre, sondern auch, weil die Praxis und der Rechtsstandpunkt der beiden Länder nahezu, wenn nicht vollständig, identisch ist.“

[Vom Hofe. — Militärisches.] Dem Vernehmen nach wird in diesem Jahre die Saison, wenigstens was den Antheil des Hofes betrifft, glänzender werden als seit mehreren Jahren, wo die Zurückgezogenheit der um die verstorbenen Gemahlin trauernden Königin alle Lustbarkeiten vom Hofe fernhielt. — Einem Telegramm aus Malta zufolge ist Lord Clarence Paget von dort gestern nach Alexandria zur Investitur des Vicekönigs von Egypten mit dem Großkreuze des Bathordens abgegangen. — Prinz Alfred, Herzog von Edinburgh, zog gestern in Devonport bei Plymouth, in seiner Eigenschaft als Capitän, auf seinem neuen Schiffe, der Schragbrennfregatte „Galatea“, 26 Kanonen, seine Flagge auf. — Bei Chatham werden von einer Abtheilung Genietruppen Versuche gemacht, um die Explosionswirkung von Schießbaumwolle bei submarinen Operationen festzustellen.

[Versagte Erlaubniß.] In der „Köln. Ztg.“ lesen wir: Dem militärischen Attaché der britischen Gesandtschaft in Berlin, Obersten Walker, ist die Erlaubniß zur Anlegung eines preussischen Militärdienstes verweigert worden. Diese Weigerung als eine Unfreundlichkeit gegen Preußen zu deuten, wäre ein Mißgriff; denn wenn auch Franzo-

sen und Italiener preussische Orden angenommen haben und tragen dürfen, so ist doch englischerseits die Eiferung auf die Auszeichnungen des eigenen Landes und eine auf dem Continente nicht so einheimische Spärlichkeit ihrer Verleihung in Anschlag zu bringen. Die „Army-Gazette“ bemerkt dazu:

„Der Herr Waller habe in dem Hauptquartier einen neutralen Staat betreten und an dem Tage von Königgrätz die Neutralitätsbinde um den Arm getragen, und wenn er irgendwie Dienste geleistet habe — z. B. durch seine eingehenden und interessanten Berichte — so seien sie der britischen Regierung geleistet gewesen und müßten auch von dieser anerkannt werden.“

[Zur Abschaffung der Gepädrückung.] Herr Disraeli hat nun wirklich seine Ansicht über das an ihn gerichtete Geheiß, für die Dauer der Pariser Ausstellung die Gepädrückung abzuschaffen, einer aus einflussreichen Mitgliedern bestehenden Deputation kundgegeben. Er gab zwar keine direct abschlägige Antwort, bemerkte aber, daß, insofern ihm das Urtheil der höheren Beamten bekannt geworden sei, die Petition nicht viel Hoffnung auf Erfolg habe; es lasse sich denn beweisen, daß die Staatseinkommen seinen Ausfall erleiden würden. Die Antwort hat durchaus nicht befriedigt; die „Times“ führt dem Schatzkanzler vor, daß er in internationalen Fragen doch einen höheren Standpunkt einnehmen müßte als ein Beamter.

[Adresse.] Gegenüber den mehrfach von Brights Gegnern gegen ihn, als harten und unpopulären Mann bei seinen Arbeitern, erhobenen Anschuldigungen richteten gestern Abend 1200 Arbeiter der Firma Messrs. John Bright and Brothers in Hochale eine Adresse an den „Vorkämpfer der Reform“, worin sie ihm ihre vollsten Sympathien und ihre tiefste Hochachtung aussprechen.

[Vrotumulte.] Noth und Elend wachsen trotz aller Mildthätigkeit und sind so allgemein, daß der Hunger in den letzten Tagen bereits mehrere jener Verzweiflungsausbrüche, die man hier breadriots (Vrotumulte) nennt, hervorgerufen hat. In Liverpool kamen solche Scenen vor, und Greenwidge und Deptford hatten gestern fast den ganzen Tag über ihre Geschäfte geschlossen, da Scharen von Männern die Straßen durchzogen und in verschiedene Läden einbrachen. Eine große Anzahl Brotarten war vertheilt worden; da aber kein Brot mehr von der Armenverwaltung aufzutreiben war und der betreffende Beamte dies den Hunderten, die noch warteten, mittheilte, zogen sie ab, plünderten einen Bäckerdarm ganz aus, versuchten dann gewalttham den Eingang in einen anderen zu erzwingen, dem jedoch der Eingetörmel dadurch zuvorkam, daß er seinen Brotkorb gutwillig ausliefern, und stürmten, demolirten und plünderten dann einen weiteren Laden, worauf durch einige Abtheilungen Polizeimannschaften zu Fuß und zu Pferde die Ordnung wieder hergestellt wurde und die Menge sich verließ. Zum Theil begab sie sich nach dem Arbeitshause, um dort Stilling ihres Hungers zu suchen.

[In Regent's Park] ist man noch fortwährend beschäftigt, mit allen möglichen Mitteln die Wasserpartie, worin jüngst so viele Unglücksfälle einen jähen Tod gefunden, nach weiteren Leichnamen abzufischen. Obgleich in diesen Tagen gegen 200 Menschen und verschiedene Boote den ganzen Tag unablässig ihre Anstrengungen vereinigten, um die Gesidde zu entfernen und dadurch dem Schlammbedeuten zu können, so nehmen doch diese Arbeiten einen im Ganzen nur langsamen Fortgang; in Folge dessen ist man neuerdings dazu übergegangen, den Leich abzuholen zu lassen. Der Minister für öffentliche Arbeiten erschien gestern auf der Unglücksstätte, um die Fortschritte der dazu gemachten Anstalten in Augenschein zu nehmen, und es wurde bei dieser Gelegenheit bemerkt, daß vor nächsten Sonntag schwerlich die Auslieferung beendet sein dürfte. Es scheint übrigens, als ob die Verunglückten jetzt sämtlich aufgefunden seien; denn die Nachfrage nach den als fehlend Gemeldeten sind allmählig verflummt. Manche der als fehlend Gemeldeten waren, ohne ihre Angehörigen vorher zu benachrichtigen, bloß vertrieben, hatten so große Trauer über ihren vermeintlichen Tod hervorgerufen und kamen dann, als sie ihre Namen unter der Zahl der Vermissten fanden, wieder zum Vorschein.

Provincial-Beitung.

Breslau, den 29. Januar. [Tagesbericht.]

** [Von den Vorlagen] für die nächste Sitzung der Stadtverordneten, Donnerstag den 31. Januar, erwähnen wir folgende:

1) Etat für die Verwaltung der Stadt-Bibliothek und des Stadt-Archivs pro 1867—69. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 285 Thlr. und in Ausgabe mit 2700 Thlr. und erfordert sonach einen Zuschuß von 2415 Thlr. (gegen den Voretat 65 Thlr. weniger). Die wesentlichste Veränderung des vorliegenden Etats ist der Antrag des Magistrats: die Gehalte der beiden Custoden um je 50 Thlr. zu verbessern, so daß also jeder einen jährlichen Gehalt von 400 Thlr. beziehen würde. — Die Schulen-Commission empfiehlt in ihrem Gutachten, das Gehalt sogar auf 500 Thlr. zu erhöhen und mit dieser Modification den Etat zu genehmigen.

2) Etat für die Verwaltung des Markt- und Bauden-Fonds pro 1867. Der Etat schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 15,600 Thlr. Zum Ankauf von Bauden sind 2450 Thlr. ausgesetzt; das Dispositionsquantum zur Vergütung und Amortisation der seitens der Stadtgemeinde aufzunehmenden Anleihe in Höhe der für Marktzwecke bestimmten Summe von 100,000 Thlr. beträgt 5500 Thlr. — Die Markt- u. Commission empfiehlt die Genehmigung des Etats.

3) Etat für die Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten pro 1867—69. Der Etat schließt ab in Einnahme mit 15,325 Thlr., in Ausgabe mit 23,980 Thlr., also Zuschuß 8655 Thlr. An Schulgebern sollen 13,536 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf. eingenommen und an Besoldungen 10,610 Thlr. 10 Sgr. an Pensionen 266 Thlr. v. verausgabt werden. — Der Etat wird, ausgenommen ganz unwesentliche Modificationen, von der Schulen-Commission zur Genehmigung empfohlen.

4) Antrag des Stadtverordneten Dr. Stein und 50 anderer Stadtverordneten vom 20. Dezember 1866. Dieselben beantragen: die Versammlung wolle beschließen: 1) den in Breslau gewählten Abgeordneten des norddeutschen Parlaments dieselben Diäten und Reisekosten seitens der Commune zu bewilligen, welche den Mitgliedern des preussischen Abgeordnetenhauses von Seiten der Staatsregierung gewährt werden; 2) den Magistrat zu ersuchen, diesem Beschlusse beizutreten und denselben zur Ausführung zu bringen.

Motive: Die durch das allgemeine und directe Stimmrecht gewählten Abgeordneten zum norddeutschen Parlament sind im eminenten Sinne Vertreter der gesammten Bevölkerung Breslaus. Die Verweigerung der Diäten schließt möglicher Weise Männer aus, welche die geeignetsten und befähigsten sind, die Interessen Breslaus im norddeutschen Parlament zu vertreten. Die Staatsregierung ist nicht principiell gegen die Bewilligung der Diäten, sondern nur aus Zweckmäßigkeitsgründen mit Rücksicht auf die übrigen Regierungen des norddeutschen Bundes; es ist also Sache der Commune und Wahlkreise, welche diese Rücksicht nicht zu nehmen brauchen, in ihrem eigenen Interesse hier an die Stelle des Staates zu treten.

Die Finanz- und Steuer-Commission empfiehlt: 1) den Antrag des Stadtverordneten Stein und Genossen anzunehmen; 2) die Voraussetzung auszusprechen, daß dieser Antrag seine anderweite Erledigung finden würde, sobald die Diätenfrage durch ein Gesetz geordnet werden sollte.

Die Wahl- und Verfassungs-Commission, welcher auf Antrag der Finanz- und Steuer-Commission diese Vorlage ebenfalls zur Berathung zugegangen ist, empfiehlt dagegen: 3) den Abgeordneten zum norddeutschen Parlament für die Dauer dieser ersten Sitzungsperiode eine Garantie der Diäten aus Communalmitteln zu gewähren, bis diese Angelegenheit anderweitig gesetzlich geordnet sein wird.

—* [Communales.] Wie man uns mittheilt, umfaßt das veranschlagte „Soll“ der für Rechnung des Staates und der Stadtgemeinde im Stadtbereich Breslau pro 1867 durch die hiesigen städtischen Steuer-Erheber zur Einhebung gelangenden Abgaben die Summe von rot. 900,000 Thlr. Das „Soll“ der städtischen Einkommensteuer hat sich im Vergleich zum Vorjahre 1866 um ca. 4000 Thlr., die Zahl der Steuercontribuenten um etwa 2000 vermindert. Der Ertrag der

Gewerbesteuer ist pro 1867 um ca. 5000 Thlr. geringer veranschlagt als derjenige von 1866.

[Fleisch-Consum.] Im inneren Steuerbezirke der Stadt Breslau sind versteuert:

	Ochsen	Rühe	Kälber	Schweine	Schafvieh
1866:	7613	6325	31,399	30,109	46,140
1865:	8068	5255	30,995	29,762	44,009

Auf dem städtischen Schlachthofe sind geschlachtet:

	Ochsen	Rühe	Kälber	Schweine	Schafvieh
1866:	7120	5359	27,773	25,048	38,196
1865:	7448	4538	27,101	29,010	35,812

Außerhalb des städtischen Schlachthofes sind geschlachtet:

	Ochsen	Rühe	Kälber	Schweine	Schafvieh
1866:	65	87	52	121	—
1865:	5	8	105	88	98

Der Fleisch-Consum ist hiernach im Jahre 1866 hietorts geringer gewesen als im Jahre 1865. Insbesondere zeigt sich eine wesentliche Abnahme des Consums an Schweinen, während der Consum an Schafvieh gestiegen ist.

[Ziegel-Transport.] Im Jahre 1866 sind in Breslau zu Wasser angekommen und ausgeladen worden: 1) Am städtischen Packhofe 705,545 Stück Ziegeln und 208,709 Stück Flachwerke; 2) am Marienauer Thore 6,804,000 Stück Ziegeln und 38,500 Stück Flachwerke.

—* [Statistisches.] Nach der Mitgliederliste des hiesigen Gewerbevereins zählt derselbe unter 266 Handwerksmeistern 35 Maurer, 20 Zimmermeister, 16 Brauer, je 13 Tischler, Gold- und Silberarbeiter, 11 Buchbinder, 10 Klempner, 4 Schneider, je 1 Schuhmacher, Fleischer, Friseur und Maler; ferner unter 225 anderweitigen Gewerbetreibenden 149 Fabrikanten und Kaufleute, 34 Baubeamte, Architekten, Maschinen- und chemische Techniker, 11 Apotheker, 11 Landwirthe, 5 Buchbinder, 4 Bildhauer, 3 Lithographen, 3 Photographen, 2 Buchdrucker, 2 Gärtner, 1 Gastwirth; endlich unter 107 nicht technischen Beamten u. 28 Professoren und Lehrer, 22 Verwaltungsbeamte, 12 Stadträthe, 9 Aerzte und 7 Juristen.

[Zur „Provincial-Zeitung für Schlesien.“] Herr Graf Pinto auf Metkau hat mit Bezugnahme auf den wegen seiner Eigenthümlichkeit bekannten Aufruf des Herrn Grafen Hugo Reichenbach eine Zuschrift an die „Kreuz.“ gerichtet, welcher wir folgende interessante Einzelheiten entnehmen:

Nachdem sechsundvierzigtausend Thaler für dieselbe zusammengebracht und verbraucht waren in einer Form, für welche ich keine Verantwortung trage, da ich deren Erfolglosigkeit vorhergesehen und vorhergesagt habe, wandte sich Herr v. Lieres-Stephanshain, der niemals fehlt, wo es gilt, der guten Sache zu dienen und das Wohl Schlesiens zu fördern, an die ihm als opferwillig bekanntesten Herren in der Provinz mit der Aufforderung, zu dem Veruche zusammenzutreten, die conservativs Zeitung zu erhalten. Auf Grund dessen brachten am 28. Februar 1866 sechsundfünfzig Schlesier zwölftausend einhundert Thaler unter sich auf. Wahrscheinlich ein großes Resultat, wenn man die Zeitumstände erwägt und bedenkt, daß unter uns die großen Grundbesitzer der Provinz mit Ausnahme der Herren Fürst Pleß, Prinz Biron von Curland, Graf Burghaus, Graf Schaffgotsch-Koppyk, gänzlich fehlten.

Es wurde nun ein Curatorium, aus drei Personen bestehend, erwählt und unter dieselben die Geschäfte in der Art getheilt, daß Herr v. Lieres-Stephanshain die Correspondenz mit den Mitgliedern und hiermit alle die Unannehmlichkeiten übernahm, die in dem letzten Jahre, wo sich öfterreichliche Sympathien so häufig verlorst fühlten, besonders bedeutend waren, Herr Baron v. Ohlen und Adlerscron die geschäftliche Leitung des Unternehmens führte, ich aber für die redactionelle Leitung eintrat.

Leider fand ich die Zeitung ohne jede Verbindung mit der Provinz, und ich war nur in Folge meines eigenen Befandens mit den Bedürfnissen und Wünschen der Partei im Stande, in den stattgehabten Grenzen wirksam zu sein. Das Abonnement war fast ausnahmslos herabgesunken zur formellen Erfüllung einer Ehrenpflicht.

Gelang es nicht, hier Verringerung herbeizuführen, so konnte nur mit Opfern, wie sie auf die Dauer der Einzelne dem Partei-Interesse nicht zu bringen vermöge, Erfolg der Zeitung ermöglicht werden, und der Gang zum Bankrot war unvermeidlich.

Unsere zwölftausend einhundert Thaler hätten bis Anfang April d. J. gereicht, wenn wir nicht die früheren contractlichen Verpflichtungen der Zeitung mit übernommen und zu erfüllen gehabt hätten.

Anfang Juli stellte sich heraus, daß wir sechsundfünfzig von unseren Parteigenossen in der Provinz bei unseren Bemühungen nicht unterstützt wurden. Herr Baron v. Ohlen legte sein Mandat nieder, was mich auch noch zur Uebernahme einer weiteren bedeutenden Arbeitslast nöthigte, und beantragte, unter nur zu begründetem Hinweis auf die bedeutende Höhe der contractlichen Verpflichtungen, Eingehen der Zeitung zum 1. October 1866.

Vom Juli bis Ende Dezember ist der betreffende Beschluß verhandelt worden, um den Bemühungen, welche mehrfach in den Vorbergründen traten, ein allgemeineres Interesse für die Erhaltung der Zeitung zu wecken, Zeit zu geben. Wir haben demselben jede uns mögliche Unterstützung gewährt, uns entschlossen, unser Activvermögen zur Verfügung zu stellen, ein Theil von uns sich zu weiterer Beihilfe erbieten, ich aber mich bereit gezeigt, für die Erhaltung der Zeitung bei lebensfähiger Organisation ein jährliches Risiko von dreitausend Thalern auf zwei Jahre aus meinem Vermögen zu übernehmen. Wir haben aber bestimmt abgelehnt, uns mit Bitten an unsere Parteigenossen zu wenden, uns nicht ferner die Kosten und die Arbeit allein zur Last zu lassen. Gier hätten wir unter uns selbst die zwölftausend Thaler ausgebracht, welche zur Reorganisation der Zeitung und Erhaltung derselben bis 1869 noch erforderlich waren und, da eine angemessene Parteiorganisation angebahnt, voraussichtlich der Zeitung die lebensfähige Existenz gesichert hätte.

Herr Graf Reichenbach war nicht unter den sechsundfünfzig. Dies erklärt die irrthümliche Beurtheilung der Frage, ob mit den vorhandenen Mitteln die Zeitung hätte über den ersten Januar erhalten werden können. Auf Grund der Contracte ist übrigens außer den von uns erwarteten Ansprüchen eine Forderung von zwelitausend Thalern an uns unerwartet herangetreten, von der wir noch nicht übersehen können, ob wir dieselbe zu erfüllen haben.

—* [Militärisches.] Bekanntlich haben die in Potsdam und Jälich bestehenden Unteroffizierskuren den Zweck, junge Leute, welche sich dem Militärdienst widmen, zu Unteroffizieren im stehenden Heere auszubilden, und ist dafür ein dreijähriger, bei besonderer Befähigung zweijähriger Aufenthalt in der Anstalt erforderlich. Der Eintretende muß wenigstens 17 Jahre alt sein, und darf das 20. Jahr noch nicht vollendet haben. In der Regel findet die Einstellung solcher Freiwilligen jährlich einmal, und zwar im October, statt; doch ist diesmal mit Rücksicht auf die neuverordneten Landesheile ausnahmsweise gestattet, daß bis zum nächsten Termin im October d. J. die Einstellung junger Leute jederzeit erfolgen darf. Man erwartet, daß die vom Staate zu leistenden Entschädigungen für die Quarantänierung, sowie für die Requisitionen von Fuhrwerk demnächst zur Auszahlung gelangen werden. Viele Betheiligte, deren Gespanne wochenlang abwesend waren und welche daher durch die Requisitionen schwer betroffen sind, haben die Verzögerung in der Ausführung jener Maßregel bereits drückend empfunden. Für den Transport der Truppen und des Armeematerials auf Eisenbahnen sind zwei ministerielle Verfügungen ergangen, welche auch die Organisation des Transportes größerer Truppenmassen wie die Beförderung transler und verunreuter Militärs regeln. Beide Anordnungen haben sich im Kriege bewährt. Die Fahrgebinigkeit der Militär-Extrazüge wird auf 3 bis 3½ Meile in der Stunde normirt und nach je 7 bis 8 Fahrstunden ein Aufenthalt von 1 bis 2 Stunden gewährt.

[Witte um mildere Praxis.] Die Aufnahme eines Kranken im Hospital findet erst statt, nachdem der Kreisphysikus die Nothwendigkeit derselben durch ein Attest bestätigt hat. Ist nun ein dringender Fall und befindet sich wie mit Ausnahme der Sprechstunden fast immer der Herr Kreisphysikus nicht zu Hause, so tritt eine stundenlange Verzögerung der Aufnahme des Kranken resp. Nichtanwendung ärztlicher Hilfe ein, die sehr leicht über Leben und Tod entscheiden kann. Erst vorgestern wurde ein Schwerkranker ohne dieses Attest nicht aufgenommen und fand erst einige Stunden später ärztlichen Beistand. — Vor einiger Zeit brachte ein hiesiger Soldatbesitzer einen bemittelten Mann aus der Provinz, der in dem Gasthause verdrückt geworden war, mit der größten persönlichen Anstrengung in einer Drostei bis an das Allerheiligen-Hospital und wollte, um ihm Aufnahme in der Jrenenstation zu verschaffen, das baare Geld des Geisteskranken, achtzig Thaler, deponiren. Vergebens — erst das Attest! Der Kranke entspringt der Drostei, tobt in der Stadt umher, wurde eingesperrt und jetzt erst öffnet sich dem Jrenen ohne Attest die Pforten des Hospitals. — Ein ähnlicher Fall passirte vor längerer Zeit; in einer Zuckersabrik verunglückte ein Arbeiter durch Verbren-

nung mit siedendem Syrup. Er wurde nach dem Hospital geschafft, fand aber nicht gleich Aufnahme; der Knecht brachte den Verbrannten in der Kälte des Winters zurück nach dem benachbarten Dorf; von hier wurde er nach dem Kloster der barmherzigen Brüder geschafft, wo er sofort Aufnahme fand, aber starb. Leider passirte an demselben Abend einem zweiten Arbeiter dasselbe Unglück, diesen schaffte man sofort nach dem Kloster, er genas. — Einzelne Fälle von geringerer Bedeutung sind uns noch zahlreich bekannt. Wir verstehen nicht, daß diese Maßnahmen sich durch einen Paragraphen des Statuts des Hospitals rechtfertigen lassen, der geschaffen ist, um unnützem Andrang leichter Kranken zu wehren. Bei schweren Fällen, insbesondere Unglücksfällen, dürfte sich insofern eine mildere Praxis aus Humanitätsrücksichten empfehlen. Es sind ja stets diensthabende Aerzte da, die am besten den speciellen Fall beurtheilen können. Diesen müßte zum Mindesten das Recht der Aufnahmebewilligung zustehen und nicht das der Abweisung in die Willkür eines Portier oder Unterbediensteten gestellt sein. Möchte diese Anregung eine Aenderung der engstnigen Bestimmungen zur Folge haben!

—* [Verkehrs-Angelegenheit.] Wie aus einem neuerlich veröffentlichten Schreiben der Direction der Nieder-Schlesisch-Märkischen Eisenbahn hervorgeht, bebauert dieselbe die vom Handelsstande gerügten Güterverpätungen, die sich in den letzten Monaten oft ereignet haben und die sie trotz aller Anstrengungen nicht sofort zu beseitigen im Stande gewesen; insofern sei die Verwaltung unausgesetzt bemüht, der Wiederkehr derselben in wirksamer Weise vorzubeugen. Aus dem Berichte des Ober-Güterverwalters genannter Eisenbahn ist ersichtlich, daß die Verpätungen ihren Grund vorzugsweise in dem großen Aufschwunge des Verkehrs hatten, der in den letzten Monaten des verfloffenen Jahres plötzlich eintrat und für den sich die Mittel der Eisenbahn unzulänglich erwiesen. Auch traten an den Vorhaben aus ähnlichem Anlaß Transport-Verpätungen ein, die dann der Nieder-Schlesisch-Märkischen Eisenbahn zur Last gelegt wurden.

+ [Ornithologisches.] Auf den Straßen Breslaus werden seit einigen Tagen von Landeuten aus der hiesigen Umgegend eine große Anzahl von lebenden Singvögeln, die in großen Käfigen herumslattern, zu dem billigen Preise von 6 Pfennigen pro Stück ausgesetzt und vielfach verkauft. Diese gefesserten Sänger sind Blutsäuger, oder wie sie nach der jüdischen Mundart bezeichnet werden, sogenannte Schäffler (Fringilla Linaria Cuv.), von grünllicher Farbe, mit rötlicher Brust und purpurfarbenerm Köpfehen. Gleichzeitig werden auch Grünlinge oder Grünhänflinge (Loxia Chloris L.) in großer Menge zu eben so billigen Preisen feilgeboten. Die Ersteren, die Schäffler kommen in großen Jägen regelmäßig alle sieben Jahre in unsere Gegend und ist diese Erscheinung von der Wissenschaft noch nicht völlig aufgeklärt; so viel jedoch ist bekannt, daß diese Vögel aus dem nördlichen Rußland ihren Flug nach Deutschland nehmen, da möglicherweise die dort gefallenen Schneemassen und der damit verbundene strenge Winter die Veranlassungen sein können, daß diese Vögel aus Nahrungsmangel sich wirthbarere Gegenden aufsuchen. Der Name Linaria deutet auf den in Rußland in so großen Massen angebauten Lein (Linum) hin, welcher diesen Vögeln die Hauptnahrung bietet. Mit den Grünhänflingen scheint es der nämliche Fall zu sein, denn obgleich diese alle Jahre bei uns beobachtet werden, so ist es doch immerhin auffallend, daß gerade gegenwärtig diese Vögel-Gattung in so großer Anzahl erschienen ist. Letztere zeichnen sich durch ihr grünlliches, ins Gelbliche schimmernde Gefieder aus.

+ [Die erste Reboute im Casino] gab ein rühmliches Zeugnis von der Einigkeit und dem Geschmack seines Inhabers. Der Casinoaal, untreulich einer der schönsten am hiesigen Orte, wurde mit seinen Nebenräumen allen Anwesenden zum angenehmsten Aufenthalt. Die Bewirtung ließ nach jeder Richtung hin nichts zu wünschen übrig. Die Verlosung anlangend, so kam der silberne Becher im Werthe von circa 8 Thalern sammt seinem Inbalte — 3 Goldstücken — in den Besitz einer jungen Dame, die Robe wurde von einem Gentleman, welcher sie seiner Dame überließ, gewonnen.

J. R. [Polizeiliches.] Gestern Vormittag geriechen einige Frauen mit einer Butterhändlerin auf dem Ringe in Streit, weil nach ihrer Ansicht die Butter nicht das gesetzlich vorgeschriebene Gewicht habe. Es entstand natürlich in Folge dessen ein bedeutender Auflauf, dem von einem Gendarmen dadurch ein Ende gemacht wurde, daß er verschiedene Stücke der au. Butter abmog, wobei sich ergab, daß dieselbe, obwohl von nicht großem Format, doch meist vollständig war. — Am Sonnabend Vormittag wurde von einem Polizeibeamten auf der Albrechtsstraße eine Frauensperson betroffen und verhaftet, welche wegen eines schon vor längerer Zeit auf einem Trodenplatze begangenen Diebstahls polizeilich verfolgt wurde. Bei der Verhaftung fand man bei ihr mehrere nasse Säde, welche muthmaßlich ebenfalls gestohlen sind, zu denen sich aber bis jetzt noch kein Eigentümer gefunden hat.

SS [Und Noß und Reiter sah man niemals wieder!] In der vergangenen Woche wollten einige hiesige Gewerbetreibende am Abend eine Schlittenpartie nach Hundsfeß unternehmen und mieteten sich zu diesem Zwecke einen Schlitten, welcher bereits in der Matthiasstraße vor einem Hotel balten mußte, da sich die Fahrgäste erst durch einige Glas Grog zu der winterlichen Reise stärken wollten. Als dies geschehen, woran der Schlittenbesitzer, welcher selbst bei der Partie war und den Schlitten zu gleicher Zeit führte, natürlich lebhaft theilnahm, wollte man weiterfahren. Doch war beschrieb den Schreck der heitern Passagiere, als sie beim Herausretren aus der Gaststube zwar den Schlitten, aber keineswegs das Pferd vor demselben stehen sahen. Ein schlauer Dieb hatte das unbesorgte Fuhrwerk sofort ins Auge gefaßt und eilte das Pferd ausgepöckelt, auf dem er nicht minder schnell davonrott.

+ [Zur Warnung.] Noch immer ist es dem Publikum nicht hinlänglich bekannt, daß das Hausiren mit Druckschriften gänzlich verboten ist und daß Contractionen erhebliche Geld- und Freiheitsstrafen nach sich ziehen. Erst in diesen Tagen wurden im Reumartler Kreise zwei Breslauer beim Hausiren mit Druckschriften abgefaßt und Jeder zu 64 Thaler Geldbuße oder zu einer Gefängnißstrafe von 3 Wochen verurtheilt.

Glogau, 28. Jan. [Wahlversammlung.] Die am Sonntag im Weißen Saale stattgefundene Wählerversammlung war von oh. gefäbr 500 Personen besucht und wurde von Herrn Director Bail eröffnet, welchem auch der Vorhig übertragen wurde. Zuerst erhielt das Wort Herr Appell. Ger. Rath Dr. Falk, welcher in einer glänzenden, eine Stunde lang dauernden Rede seinen Standpunkt darstellte. Die Nothwendigkeit einer Constitution des norddeutschen Bundes auf fester Grundlage, ehe an Verbindung mit dem Süden gedacht werden könne, entwickelte der Redner ausführlich, indem er auf die aus einer Verzögerung und Uebersperrung dieser Aufgabe entstehenden Gefahren hinwies. Herr Rechts-Anwalt Haad, der alte Vorkämpfer der liberalen Partei, stellte ebenfalls ein ausführliches Programm auf, in welchem er außer einer Forderung der Unterföhrung der auswärtigen Politik des Grafen Bismarck die Forderungen der liberalen Partei bestimmt zum Ausdruck brachte. Wir werden auf beide Reden in der nächsten Nummer des Blattes ausführlich zurückkommen. Auf die Frage des Hrn. Vorsitzenden, ob Jemand einen der Herren Candidaten zu interpelliren wünsche, meldet sich Herr Dr. Gabriel und fragte den Herrn Appell. Ger. Rath Dr. Falk, wie er über § 84 der Verfassung, betreffend die Redefreiheit, denke, worauf derselbe antwortete, daß er über die Redefreiheit andere Ansichten wie das Obertribunal habe. (Vielseitiges Bravo.) Da weitere Interpellationen nicht beliebt wurden, fragte der Hr. Vorsitzende, ob in acht Tagen wieder eine Versammlung anberaumt werden solle. Herr Dr. Gabriel erklärte darauf, daß die liberale Partei seit dem Tage, wo Herr Haad sich zur Annahme der Wahl erklärt habe, nur diesen einen Candidaten habe. Er vereinige in sich alle Eigenschaften, welche die Liberalen an einen Candidaten stellen könnten, erprobte Gesinnung, Unabhängigkeit in seinen äußeren Verhältnissen und Charakterfestigkeit. Die Pflicht der Dankbarkeit gegen den müthigen und thätigen Führer der Partei, welcher sich selbst zu einer Zeit, wo ihm mannigfache Unannehmlichkeiten aus seiner Betheiligung am politischen Leben drohten, nicht scheute, die Partei zu leiten, mache jede andere Candidatur, und wäre sie selbst die eines Waldeck oder Schütz. Delitzsch, zur Unmöglichkeit. Er stellte den Antrag: die Versammlung möge keine weiteren Versprechungen in der gegenwärtigen Zusammenföhrung beschließen, vielmehr möge jede Partei gefondert dieselben fortsetzen. Nachdem dieser Antrag mit großer Majorität angenommen wurde, die Versammlung als beendet erklärt. (Ried. Anz.)*

*) Wir fragen die geehrte Redaction des „Niedersch. Anz.“, aus welcher Zeitung sie die in Nr. 13 abgedruckte Notiz „Breslau — Hinterpöhl“ entlehnt hat?

© Aus dem Löwenberger Kreise, 28. Januar. [Zur Wahl.] Gesteru endlich hat zu Greiffenstein eine Versprechung Liberaler aus dem obern Kreise stattgefunden und hat man sich dabei für die Candidatur des Herrn Staats-Anwalt Starke aus Kauban entschieden. Herr Starke gehört der altliberalen Partei an und betrat unsern Kreis bereits einmal im Abgeordnetenhause, wobei er sich durch rühriges und erfolgreiches Wirten ein gutes Andenken verschaffte. Es ist daher zu hoffen, daß sich auf diesen Namen die Stimmen aller liberalen Schattirungen vereinigen werden, auch die aus der Kreisstadt und aus dem untern Kreise, von wo sich auch jetzt noch keine Nechnahme an der Wahl verpäten läßt. Auf Sonntagen den 2. Februar Nachmittags 2 Uhr ist eine Wahlversammlung in Greiffenberg im Gasthofe zur Burg festgesetzt, in der sich Herr Starke den Wählern vorstellen wird.

Mit einer Beilage.

† **Schweidnitz**, 28. Jan. [Zu den Parlaments-Wahlen.] Die liberale Partei in Schweidnitz kann sich von ihrer Niederlage bei den letzten Wahlen zum Abgeordnetenhaus noch nicht erholen; anstatt in dieser einen Impuls zu um so regerer Agitation zu erblicken, legt sie die Hände in den Schoß und läßt für die Wahlen Gott und den preussischen Volksverein sorgen. Dieser letztere handelt mit großer Energie und hat bereits seinen Candidaten, den Landrath Grafen Biedler, dazu vermocht, sein Amt als Wahl-Commissar niederzulegen. Die Liberalen in Schweidnitz sind in ihren Anschauungen phantastisch, und jede Anspornung, die von Striegau herkommt, um gemeinschaftlich zu agitierten, verhallt spurlos an dem Widerwillen gegen alles „Politische“. Die Nachbarbezirke Waldenburg, Reichenbach u. d. m. sind fleißig und die Liberalen werden allem Anscheine nach den Sieg erreichen — aber das patriotische Schweidnitz schläft! — Ich höre, daß man sich in einigen Bürgerkreisen liberaler Farbe dazu ermannen wollte, den Herrn Dr. W. in Breslau, Herrn Commerzienrath Reichenheim, auch den Grafen Oscar Reichenbach als Candidaten aufzustellen und an sie zu schreiben: ob einem dieser hervorragenden Kämpfer des Liberalismus, die den großen Thatfachen des letzten Sommers durchaus Rechnung tragen, eine Candidatur für Schweidnitz genehm wäre? — es ist indeß beim guten Willen geblieben. — Goffen wir, daß sich noch im letzten Moment die unabhängigen Bürger und Gutsbesitzer des Schweidnitz-Striegauer Wahlkreises ermannen werden!

† **Gantzh**, 29. Januar. [Wähler-Verammlung.] Die gestern im Saale unseres Bahnhofes angelegte Verammlung der Conservativen zur Entschlußfassung über ihren Candidaten war von etwa 400 Wählern aus beiden Kreisen besucht und wurde vom Herrn Kraker b. Schwarzenfeld als Vorstehendem geleitet. Erster Redner war Herr Elwanger, der in längerer Rede ein starkes Königthum wollte gegenüber dem verderblichen Streben des Abgeordnetenhauses, den Schwerpunkt der Macht an sich zu ziehen. Die Ansprache fand vielen Beifall. Als zweiter Candidat empfahl sich Graf Limburg-Stürum in kürzerer Rede, worin er hervorhob, daß er keine Gleichsetzung für Preußen wünschen könne, sondern den Grafen Bismarck in jeder politischen Frage mit aller Kraft unterstützen wolle. Auch diese Rede fand allgemeines Beifall. Hierauf sprach Herr Dyhrenfurth, daß er früher mit den Liberalen gestimmt, weil ihn die Conservativen nicht eingeladen. Da er zu den Liberalen sich zählte, so wollte er den gemäßigten Conservativen, den Gr. Limburg. Landrath b. Köder aber erklärte hierauf, daß es angenehm wäre, wenn die Liberalen mit ihnen gingen, aber von einem Compromiß könne keine Rede sein; jene müßten bedingungslos übertreten, die Conservativen seien auch ohne sie stark genug. Die Abstimmung ergab 182 Stimmen für Elwanger, 162 für Graf Limburg. Interessant war die Schlußscene, wo Gr. Pinto sich noch zum Worte meldete, aber nicht im Sinne der Herren sprach, weshalb der Vorlesende ihn mitten in der Rede das Wort entzog. Graf Pinto verließ die Tribüne mit der Bemerkung, daß er aufhöre, weil er einsehe, sein Wort falle hier auf unfruchtbaren Boden. Die Verammlung wurde dann geschlossen mit der Zusage, daß gedruckte Fettel ausgegeben werden würden. Die Anhänger des Gr. Limburg-Stürum glauben ihren Candidaten am Wahltage schon noch durchzubringen, da gestern der Neumarkter Kreis weniger vertreten war. Im Ganzen sah man, daß die Conservativen sehr rührig sind und es bleibt nur zu wünschen, daß besonders auf dem Lande sich Herren finden möchten, die in liberalem Sinne wirkten, da der Sieg sonst unzweifelhaft nach jener Seite fällt.

V. **Meiße**, 28. Jan. [Die liberalen Wähler der Stadt] waren auf heute Abend zu einer wiederholten Besprechung der Wahl eingeladen. Verschieden wurde, in der auf Freitag den 1. Febr. anberaumten Verammlung für Stadt und Land folgende Candidaten in Vorschlag zu bringen: Alnoch aus Weigwitz, Justizrath Fischer aus Breslau und Gutsbesitzer Below in Blumenthal. Die Candidaten werden eingeladen, vor den Wählern zu erscheinen, und soll durch eine Vorwahl mittelst Stimmzetteln festgesetzt werden, wer die meisten Stimmen auf sich vereint. Dieser soll sodann als der definitive Candidat der Liberalen festgehalten werden. Wünschenswerth wäre dann natürlich, daß die Verammlung möglichst zahlreich sei.

△ **Dyhrenfurth**, 28. Jan. [Unglück.] Von drei mit Gütern, meist Wauboh, beladenen nach dort fahrenden Schiffen, die hier überwintert liegen, hat heute Abend eine mächtige Eiskugel in den Kahn des Schiffers Jwainiski aus Oppeln ein mächtiges Loch gestochen, in Folge dessen dasselbe gesunken ist und bis über Bord unter Wasser liegt. Die Ladung, 200 Ctr. Wauboh, wovon 100 Ctr. der Firma Goldschmidt u. Co. und 100 Ctr. an J. A. Franke gebören, ist bei der „Fisch- und See-Affare“ in Stettin verbleibt, das Schiff leider nicht und fehlen dem armen Besizer, der mit großer Noth seine Fahrgäste vom Kahn retten konnte, alle Mittel, um das Nöthige zur Behebung seines Fahrzeuges zu veranlassen.

— **Dels**, 27. Jan. [Die heutige Wähler-Verammlung], welche, der Einladung des liberalen Wahlcomites trotz schlechter Wege und gräßlichen Wetters Folge leistend, überaus zahlreich war, constituirte zunächst ein „permanentes Comité für alle politischen Wahlangelegenheiten“, welches in Zukunft, um seiner Bevollmächtigung zu entsprechen, nicht bloß alle Wahlvorbereitungen in liberalem Sinne leiten, sondern auch den Ausgangs- und Sammelpunkt für alle wahrhaft freisinnigen Bestrebungen bilden wird. Nachdem dieses Comité, bestehend aus 11 Mitgliedern, ohne viele Redensarten mittelst allgemeiner Acclamation rasch eingeleitet worden war, übernahm dasselbe den Vorsitz der Verammlung, und Herr Kaufmann J. A. Trautwein aus Bernstadt, welcher mit Einstimmigkeit an die Spitze desselben gestellt worden war, leitete mit seiner bewährten Meisterhaft in einer kurzen, aber überaus klaren Rede die „Frage über den in Dels-Wartenberger Wahlbezirk für das norddeutsche Parlament zu erwählenden Abgeordneten“ ein. Der Graf Dyhrn auf Resewitz wurde als allein möglicher Candidat für den hiesigen Wahlbezirk vorgeschlagen und mit widerspruchsfreier Einstimmigkeit acceptirt! Die hierauf folgende Rede des geehrten Candidaten, welche mit außerordentlicher Klarheit die „Nothwendigkeit der kräftigen Unterstützung der Bismarck'schen deutschen Politik für alle wahren Patrioten“ hervorhob und die „Unerlässlichkeit der Einigung aller Parteien im Interesse der allgemeinen deutschen Sache“ bis zur Evidenz bewies, begeisterte die Verammlung zu einem wahrhaft herzerhebenden Applaus. Die gehobene Stimmung der Verammlung fand — zum Schluß — einen sprechenden Ausdruck in dem über alle Erwartung reichlich ausfallenden Beiträge der Anwesenden zur Dedung der Kosten des Comites. — Somit erscheint die Wahl des Grafen Dyhrn im hiesigen Wahlbezirk gesichert und um so mehr über allen Zweifel erhaben, als auch alle gemäßigten-conservativen Wähler die alle Concurrenz ausschließende Tüchtigkeit unseres Candidaten anerkennen.

— **r. Ramlau**, 28. Jan. [Zur norddeutschen Reichstags-Wahl.] Durch das für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus hierorts früher zusammengetretene liberale Wahl-Comité waren — nachdem es sich mit dem liberalen Wahl-Comité des nachbarlichen Wahlkreises Bries über den für das norddeutsche Parlament aufzustellenden Candidaten geeinigt hatte — die liberalen Wähler des Kreises zu einer Verammlung für gestern Nachmittag 3 Uhr in das hiesige Schützenhaus eingeladen worden. Die Verammlung, die trotz des schlechten Wetters und Weters doch von circa 120 Wählern aus allen Ständen besucht war, wurde durch den Rittersgutsbesitzer Herrn Ober-Amtmann Braune aus Ramlau eröffnet. Zum Vorstehenden erwählt, eröffnete derselbe die Sachlage, sprach über die Wichtigkeit der diesmaligen Wahlen, durch welche zu dem großen Einigungswerke Deutschlands beigetragen werden solle, und richtete an die Verammlung die Anfrage: ob sie die von den beiderseitigen Wahl-Comités in Aussicht genommene Candidatur des bisherigen Abgeordneten der Kreise Bries-Oblau, Herrn Baunspactor a. D. Hoffmann in Obereis acceptieren oder andere Persönlichkeiten als Candidaten für das norddeutsche Parlament vorlagerten wollten. Die Verammlung beschloß einstimmig, an der Candidatur des Herrn Hoffmann festzuhalten und Herr Dr. Baisel, der mit einigen Gefinnungs-Gesinnungen aus Bries ebenfalls in der Verammlung erschienen war, entrollte demnach in längerer Rede ein getreues Bild des in Aussicht genommenen Candidaten, der die Annahme eines Mandats für das norddeutsche Parlament bereits zugesichert und sich durch eine lange Reihe von Jahren als liberales Mitglied des Abgeordneten-Hauses so treu bewährt hat. Auf eine Interpellation in Betreff des Programms des Herrn Hoffmann gab Hr. Dr. Baisel der Verammlung genügenden Aufschluß. Hierauf forderte Hr. Agent Emil Spiller die Anwesenden dringend auf, nicht nur selbst rechtzeitig am Wahltage zu erscheinen, sondern auch bei ihren Mitwählern nach besten Kräften dahin zu wirken, daß diese sich ebenfalls an der Wahl recht zahlreich betheiligen. Nachdem Herr Spiller sich noch über das bei der Wahl zu beobachtende Verfahren ausführlich geäußert, schloß Herr Braune die Verammlung mit dem Wunsch, daß das Bestreben der liberalen Partei nicht ohne Erfolg bleiben möge. — Sonntag, den 3. Februar d. J., Nachmittags 3 Uhr, soll in dem Saale des Herrn Kaufmann Michalik in Reichthal eine ähnliche Verammlung stattfinden.

□ **Groß-Strehlitz**, 28. Jan. [Vereinsleben. — Vergnügliches. — Communes.] Wie allerwärts, so reißt sich auch hier in den verschiedensten Gesellschaften, Vereinen und Gewerken Ball an Ball. Ein solcher, von dem hiesigen Disziplinar-Corps veranstaltet, fand in höchst scheinbarer Weise und ebenso ein von dem hiesigen kaufmännischen Verein am 26. d. veranstalteter und recht zahlreich besuchter in Schoenwald's Hotel statt. In nächster Aussicht steht der des hiesigen Gelandevereins, der der hiesigen Dragoner-Compagnie, sowie ein Maskenball, welcher letztere, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ebenfalls exaltirt ausfallen dürfte. — Der hier im Laufe dieses Winters gegründete kaufmännische Verein, eine Haupttriebfeder mit zur Verbesserung communaler und handelspolitischer Zustände hat bereits den Impuls zur Anlage einer Eisenbahn zum Anschluß an die Rechte-Oderufer-Bahn, Einrichtung einer Gasanstalt und Vermehrung der hiesigen Stadtverordneten an entsprechender Stelle gegeben, wobei freilich sich die beiden ersten Fragen noch in suspensio befinden. — An den allwöchentlich stattfindenden Zusammenkünften werden Vorträge gehalten, die das Handelsgebiet nach allen Richtungen hin beleuchten, wozu unter Anderen bereits mehrere hiesige Corpshäuser durch deren freundliche Zulagen für den Verein gewonnen sind. — Ferner sei noch der ebenfalls sehr junge Vorschuß-Verein, in dessen Ausschuß sich mehrere hervorragende Persönlichkeiten befinden, erwähnt. Obwohl die Geburt desselben in eine höchst schwierige Zeit fiel, wie die des verflochtenen trügerischen Sommers es war, so konnte doch in einer am 25. d. M. abgehaltenen General-Verammlung die Lebensfähigkeit des Vereins betätigt und sein segensreiches Wirken bewiesen und constatirt werden, daß durch den Verwaltungsaussschuß während eines dreimonatlichen Bestehens nahe an 11,000 Thaler Vorschüsse an Handels- und Gewerbetreibende geleistet worden sind. — Zum Stadtverordneten-Vorsteher ist an Stelle des freiwillig ausgeschiedenen bisherigen Vorstehers Herrn Kaufmann Scholz, der vor Kurzem als königlicher Sanitäts-Rath ernannte Kreis-Physikus Herr Dr. Brück gewählt worden.

† **Deuthen OS.**, 27. Jan. [Wähler-Verammlung.] Heute fand im Deuthener Saale eine sehr zahlreich (schätzungsweise von gegen 600 Personen) besuchte Verammlung von liberalen Wählern des hiesigen Nordkreises zum norddeutschen Parlament statt. — Versen war dieselbe vom Vorstand des Wahlvereins und zwar — wie sich durch eine ziemlich unermüdliche Debatte zur Geschäftsordnung zwischen dem von Herrn Dr. Mannheimer und Herrn Vergrath Ficius vertretenen Vorstand einerseits und mehreren erschienenen Wählern andererseits herausstellte — eigentlich nur für Mitglieder des sehr spärlich vertretenen Wahlvereins. Der Herr Vorlesende Dr. Mannheimer löste jedoch mit anerkenntnswerther Umsicht die entstandene Schwierigkeit dadurch, daß auf seine Veranlassung von Mitgliedern des Wahlvereins diejenigen beiden Candidaten in Vorschlag gebracht wurden, um welche es sich allein für die liberalen Wähler des Nordkreises Deuthen handeln kann, nämlich der Regierungsrath Dr. Ziegert aus Oppeln und der Graf Guido Hendel von Donnersmarck auf Neudorf. Hierauf kam dann die sachliche Debatte in Gang. — Zuerst empfahl Herr Vergrath Ficius aus Larnowitz die Candidatur des Dr. Ziegert, dessen bewährte liberale Gefinnung und parlamentarische Tüchtigkeit in dieser Richtung hervorhebend. Wenn dies auch von keiner Seite Widerspruch fand, so wurde doch die Candidatur des Grafen Guido Hendel als mehr opportun vom Herrn Regierungsrath Frey vertheidigt, unter Anderem auch deshalb, weil er dem Wahlkreise selbst angehöre und bekannt sei. — Demnach trat auch Herr Rechtsanwalt Schroeder für die Candidatur des Grafen Guido Hendel auf und wies in einem längeren, äußerst klaren und von der Verammlung mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten Vortrage nach:

a. Daß an und für sich man für Hrn. Dr. Ziegert als politische Persönlichkeit nur velle Sympathien haben könne, daß aber eine Aufstellung dieses zweiten Candidaten der liberalen Partei eine Spaltung derselben involvire, welche die Gefahr des Erfolges der conservativen Gegen-candidatur des Grafen Schaffgotsch nahe rüde und daß schon deshalb an der Candidatur des Grafen Guido Hendel als eines im Kreise auch persönlich bekannten Mannes festzuhalten.

b. Daß ferner diese Spaltung herbeizuführen um so weniger Grund sei, als Graf Guido Hendel für eben so entschiedenen liberal als Herr Ziegert zu halten sei. Redner wies hierbei nach, daß Graf Guido Hendel seit 1862 stets mit dem hiesigen liberalen Wahlverein für dessen Candidaten zum preussischen Abgeordnetenhaus gestimmt habe. Nur bei der letzten Wahl im Juli vorigen Jahres habe der Graf allerdings zum Leidwesen des Redners für einen taum allliberal zu nennenden Candidaten, den Geh. Commissions-Rath Grundmann, gestimmt, aber lediglich in Folge eines persönlichen Conflicts mit dem Vorstand des Wahlvereins, welcher nach längerer Unterhandlung auf reiner Wiederwahl bestanden habe, während der Graf zwar für Wiederwahl des Abg. Böck, nicht aber für Hrn. Leuchert habe stimmen wollen. Redner erzählte darauf aus eigener Wissenschaft, daß der Graf noch kurze Zeit vor dem Wahltage sich ausdrücklich bereit erklärt habe, neben Böck Herrn Vergrath Ficius selbst oder Herrn Bergvertheilung Director Scherbening seine Stimme geben zu wollen, daß aber beide Herren eine Wahl nicht annehmen zu wollen erklärt und sich schließlich jeder Compromiß an der Zähligkeit zerklüftet hätte, mit welcher man an reiner Wiederwahl festgehalten. — Die Niederlage der liberalen Partei am 3. Juli 1866 sei die Folge davon gewesen und die Verammlung möge daraus ein Exempel nehmen, nicht wieder durch ein unnützes Auseinandergehen in der Candidatur aus rein persönlichen Gründen eine liberale Wahl überhaupt in Frage zu stellen. — Schließlich wies Redner noch unter Angabe vieler interessanter statistischer Notizen nach, daß ein Haupttheil der Thätigkeit des Parlaments auf dem volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Gebiet zu suchen und daß der Kreis Deuthen ganz speciell wegen seiner großartigen Industrie sehr bedeutend bei einer vernünftigen Lösung dieses Theils der Aufgabe des Parlaments interessire; daß aber nach dieser Richtung hin die Candidatur des Grafen Hendel der anderen bedeutend vorzuziehen sei. — Die Verammlung trat mit überwiegender Majorität durch Acclamation diesen Ausführungen bei. — Herr Vergrath Ficius replicirte zwar, daß er dennoch den Grafen Hendel nur als Aristokraten ansehen könne, der gemeinsamen Beziehungen mit dem Volke nicht habe und dessen Leiden nicht kenne, konnte jedoch die Thatsache nicht bestreiten, daß Graf Hendel von Donnersmarck auch bei der letzten Wahl sich ausdrücklich zur Wahl eines Fortschrittmannes, und zwar seiner — des Hrn. Vergrath Ficius selber — bereit erklärt habe, wenn man gerade Hrn. Leuchert fallen lassen wolle. — Die Verammlung trennte sich ohne Abstimmung. Es soll jedoch dem Vernehmen nach der Wahlverein unter sich demnach beschließen haben, vorläufig im Sinne der Candidatur des Hrn. Ziegert nicht weiter vorzugehen, vielmehr zu erwägen, ob nicht eine Beschlußfassung auf breiterer Grundlage anzustreben. — Zu bebauern bleibt jedenfalls, daß keiner der Herren Candidaten anwesend war.

*) Vergl. den kurzen Bericht in Nr. 47 d. Bresl. Ztg. D. Red.

□ **Aus dem Wahlkreise Rattowitz**, 28. Jan. [Im diesseitigen Wahlkreise] werden die Vorbereitungen zur Wahl für das Parlament eifrig betrieben; es haben zu diesem Zwecke bisher zahlreich besuchte Wahlverammlungen in Rattowitz, Myslowitz und Antonienhütte stattgefunden. Die gestrige Verammlung in letzterem Orte war von unabhängigen Männern aller Berufsstände zahlreich besetzt. Nachdem man sich über die große Bedeutung der bevorstehenden Wahlen ausgesprochen hatte, wurde zur Aufstellung von Candidaten geschritten. Herr Dr. Holke von Rattowitz war der allein vorgeschlagene. Derselbe, den meisten der Wähler durch seine langjährige öffentliche Thätigkeit bekannt, entwickelte auf Ergründen der Verammlung in nachstehender Weise seine Auffassung der Tagesfragen in einem einstündigen Vortrage, welcher eine zündende Wirkung in der Verammlung hervorrief. Redner erklärte, daß auf den deutschen Einheitsstaat gerichteten Bestrebungen des Ministeriums thätig unterstützen, zugleich aber auch für Erweiterung der Volksgarantien wirken zu wollen. Das Resultat der Abstimmung war, daß die ganze Verammlung sich einstimmig für die Candidatur des Herrn Dr. Holke erklärte und sich mit derselben Stimmeinheit der auch in den Wahlverammlungen von Rattowitz und Myslowitz unisono gefaßten Resolution angeschlossen: „Die heute versammelten Wähler aus allen Districten des Wahlkreises Rattowitz stellen als ihren alleinigen Candidaten für das norddeutsche Parlament den Herrn Dr. Holke in Rattowitz auf und verpflichten sich, mit allen gesetzmäßigen Mitteln für die Wahl dieses Candidaten zu wirken.“ — Mit einem Hoch auf das eine und freie Vaterland schloß die Verammlung. Allem Anscheine nach ist Holke's Wahl mit sehr großer Majorität zu erwarten.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Breslau, 29. Januar. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Kleesaat, rothe höher bezahlt, ordinäre 12½—14 Thlr., mittlere 14½ bis 15½ Thlr., feine 17—18½ Thlr., hochfeine 19—19½ Thlr., — Kleesaat, weiße unbedeutend, ordinäre 18—20 Thlr., mittlere 22—24 Thlr., feine 26½ bis 28 Thlr., hochfeine 29—30 Thlr., pr. Centner.

Roggen (pr. 2000 Pfd.) fest, gel. 1000 Ctr., pr. Januar 57½ Thlr. bezahlt und Old., Januar-Februar 54½ Thlr. Br., Februar-März 53½ Thlr. Old., März-April —, April-Mai 52½ Thlr. bezahlt Mai-Juni —. Weizen (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Januar 77 Thlr. Br. Gerste (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Januar 51 Thlr. Br. Hafer (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Januar 43 Thlr. Br. Raps (pr. 2000 Pfd.) gel. — Ctr., pr. Januar 95 Thlr. Br. Rübsen (pr. 100 Pfd.) flau, gel. — Ctr., loco 11½ Thlr. Br., pr. Januar 11 Thlr. Br., Januar-Februar und Februar-März 10½ Thlr. bezahlt, März-April 11½ Thlr. Br., April-Mai 11½—11 Thlr. bezahlt, Mai-Juni 11½ Thlr. Br., Juni-Juli —, September-October 11½ Thlr. Br. Spiritus unbedeutend fest, gel. — Quart, loco 16½ Thlr. Br., 16½ Thlr. Old., pr. Januar und Januar-Februar 16½ Thlr. Old., Februar-März —, März-April —, April-Mai 16½ Thlr. Br., Mai-Juni 17½ Thlr. Zink unbedeutend. Die Börsen-Commission.

— **Breslau**, 29. Januar. [Von der Oder.] Das Wasser ist im Wachsen; gestern zeigte der Oberpegel 14' 3", der Unterpegel 1' 2", heute gestiegen 14' 6", gestiegen 1' 3". In dem Unterwasser bis Olgau hin ist das Eis bereits zusammengebrochen und das Wasser geht bis über die Dämme. Die Schiffsbemannungen haben sich hierher nach den Schiffsgeländen begeben.

Der Geschäftsgang ist gestern und heute in Folge des vielen aus Galizien hier eingetroffenen Getreides als flau zu bezeichnen. In voriger Woche sind 3 Ladungen Weizen abgemacht worden auf Ordre Stettin — pro Bisp. 3 Thlr., Berlin 3 Thlr. 15 Sgr., Magdeburg und Hamburg 4 Thlr. 25 Sgr., in allen Fällen ercl. Bille. Ebenso sind in voriger Woche und zwar vor dem eingetretenen Thauwetter 40,000 Ctr. Zinkladungen abgeschlossen, mit 9 Wochen Lieferzeit nach Hamburg, pro Ctr. 5½ Sgr. incl. Bille, nach dem Thauwetter 20,000 Ctr. Zink, mit 9 Wochen Lieferzeit nach Hamburg, pro Ctr. 5 Sgr. 6 Pf. incl. Bille. Ohne Lieferzeit wollen die Kaufleute nur 5 Sgr. pro Ctr. bewilligen. — Die ungarischen und galizischen Getreideeinfuhr sind so abgeschlossen, daß die Lieferungen bis Ende März alle hier eingetroffen sein müssen und sind bereits viele Schiffe engagirt, die Ladungen bis Ende März einzunehmen. Die großen Zinkladeeinfuhren stammen meistens aus der Oberrhein Zinkwalzhütte her und werden die Umladungen von den Oberländern nach dem Gänge stattfinden, da dieselben dann erst herankommen können. — Im Interesse der Schifffahrt ist es wünschenswerth, daß hinter dem südlichen Badhofe, von wo an bis zum Schlachthofe in Folge hier stattfindender großer Schmutzaufhäufungen nicht einmal 2 Fuß Wassertiefe ist, zwei Baggermaschinen aufgestellt würden. Die Schiffer leiden unter obigem Uebelstande ziemlich stark, denn erstens müssen die Einladungen an anderen Orten stattfinden und zweitens wollen Versicherungsgesellschaften keine Versicherungen auf Schiffe und ihre Ladungen annehmen, welche in jenem erwähnten Theile der Oder halten, um Ladungen aufzunehmen. — Die Mühlen sind im Gange, es fehlt aber an Getreide zum Mahlen.

Verloofungen.

1. Februar. Kaiserin Elisabeth-Bahn (Silber-Briefe-Oblig.). Dester. Boden-Credit-Anstalt (50 St. Wandbriefe). Dester. Staats-Anleihen von 1860 (500 Fl.-Loose). Dester. alte Staats-Schuld. Herzog von Nassau Lotterie-Anl. von 1837 (25 Fl.-Loose).

Briefkasten der Redaction.

Herrn M. in Jannowitz: nur gegen Erstattung der Insertions-Gebühren aufzunehmen.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 29. Jan. [Abgeordnetenhaus.] Fortsetzung der Berathung über den Bericht der Budget-Commission bezüglich der allgemeinen Rechnungen für 1859—63. Der Finanzminister empfiehlt die Vertagung der Frage betreffs der Erweiterung der Instructionen für die Ober-Rechnungskammer bis zur nächsten Session, da die Regierung mit der Frage beschäftigt sei. Trotzdem werden die bezüglichen Commissionsanträge angenommen. Es folgt der Gesetzentwurf, betreffend die Zinsgarantie für die Danzig-Cösliner Eisenbahn und eine lebhafte Debatte über die Commissionsfassung des § 2 des Gesetzes, welcher die Zustimmung des Hauses bei Auflösung und Abänderung der Garantieverträge fordert, wogegen namentlich der Handelsminister ist. Bei der Abstimmung wird § 1 und 3 angenommen, § 2 in der Commissionsfassung mit 152 gegen 133 Stimmen abgelehnt. Der Handelsminister bringt den Vertrag mit dem Fürsten Zarls ein, welcher das Postrecht incl. des Gesamt-Inventars für 3 Mill. Thaler an Preußen abtritt. (Wolff's L. B.)

Berlin, 29. Jan. Das Herrenhaus genehmigte die Gesetzentwürfe, betreffend die Untervertheilung der Grundsteuer in den östlichen Provinzen, ferner über die Aufhebung des Einzugsgebüdes. Bei Berathung des Gesetzes über die Auflösung des Lebensverbandes in Pommern empfiehlt der Justizminister dringend die Ablehnung des § 13 der Commissionsvorlage, worauf der Gesetzentwurf unter Ablehnung des § 13 genehmigt wird. (Wolff's L. B.)

Berlin, 29. Jan. Die „Nordb. A. Z.“ schreibt: Die Nachricht der Londoner Blätter, Preußen habe von Oesterreich Aufklärungen über Truppenbewegungen in Galizien erbeten, ist durchaus unbedeutend. (Wolff's L. B.)

Berlin, 29. Jan. Der König arbeitete heute mehrere Stunden mit dem Ministerpräsidenten und den Herren Noon und Savigny. Gen. Manstein reiste nach Schleswig zur Vertretung Mantauers ab. (Wolff's L. B.)

Berlin, 29. Jan. Die „Kreuz.“ meldet: Der vormalige Hamburgische Major Hasberg ist der preussischen Gesandtschaft in Karlsruhe attachirt worden.

Die „Zeitl. Correspond.“ meldet: Preußen schloß keinerlei separate Militär-Convention mit Darmstadt ab. (Wolff's L. B.)

Dresden, 29. Jan. Die „Conf. Z.“ meldet: Werther ist nicht zum preussischen Gesandten ernannt, die Vertretung ist vorläufig unverändert. (Wolff's L. B.)

Altona, 29. Januar. Während Zebitz's Anwesenheit in Berlin wurde beschlossen: Schleswig bleibt jedenfalls Regierungssitz auch nach der Vereinigung der Regierungen Schleswig-Holsteins. (Wolff's L. B.)

Kiel, 29. Jan. Anlässlich einer Oberpräsidial-Berufung ist die Majorität der städtischen Deputierten wegen Nichttheilnahme an der Beförderungsfest-Feier zu einer motivirten Erklärung innerhalb 8 Tagen aufgefordert worden. (Wolff's L. B.)

Stoßholm, 29. Jan. Der hiesige preussische Gesandte, Freiherr v. Rosenburg, ging vorgestern in Folge einer telegraph. Weisung nach Stuttgart ab. Sein Nachfolger ist unbekannt. (Wolff's L. B.)

Wien, 29. Jan. Anlässlich des erneuerten Zurückkommens Her „Schles. Ztg.“ auf die Reise Deutscher bemerkt die „Abendpost“: Weber in Stuttgart noch in München wird Jemand sich finden, der sich erinnert, mit Deust über den süddeutschen Bund gesprochen zu haben. (Wolff's L. B.)

Florenz, 28. Jan. Der Senat verhandelte in geheimer Sitzung den Proceß Persano. Die Anklagepunkte lauten auf Freigebit, Unüberlegtheit und Ungehorsam. Den ersten Anklagepunkt ließ der Senat mit 71 gegen 60 Stimmen fallen, die anderen beiden werden morgen verhandelt. (Wolff's L. B.)

Paris, 29. Jan. Der „Moniteur“ meldet: Der Kaiser machte einen Spazierritt über die Boulevards und Quais und wurde überall enthusiastisch begrüßt. (Wolff's L. B.)

Newyork, 22. Jan. Das Repräsentantenhaus nahm die Bill an, welche die Regierung ersucht, öffentliche Verkäufe von Gold an die Reichsbankenden zu veranstalten. (Wolff's L. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 29. Januar, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.]
 Bergisch-Märkische 150%. Breslau-Freiburger 140%. Reiffe-Brieger 102%.
 Rosel-Oberberg 54%. Galizier 84%. Köln-Minden 143. Lombarden
 104%. Mainz-Ludwigsbafen 128%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 80%.
 Ober-Schles. Lit. A. 178%. Dester. Staatsbahn 106. Doppel-Lanzowitz
 74%. Rheinische 114%. Warschau-Wien 61. Darmstädter Credit 81%.
 Disconto-Commandit. Minerva 38. Oesterreich. Credit-Aktien 64%.
 Schles. Bankverein 113. 5proc. Preuss. Anleihe 104. 4 1/2proc. Preuss.
 Anl. 99%. 3 1/2proc. Staats-Schuldenscheine 85. Dester. National-Anl. 53%.
 Silber-Anleihe 59%. 1860er Loose 66. 1864er Loose 41. Italien. Anleihe
 54%. Amerikan. Anleihe 77%. Russl. 1866er Anleihe 90 (3). Russl. Bank
 noten 82%. Dester. Banknoten 76%. Hamburg 2 Monate 151%. London
 3 Monate 6, 2 1/2%. Wien 2 Monate 76%. Warschau 8 Tage 82%. Paris
 2 Monate 80%. Russisch-Polnische Schatzobligationen 62%. Polnische Pfand-
 briefe 61%. B. Baierische Prämien-Anl. 102. 4 1/2proc. Ober-Schles. Prior. F.
 94 B. Schles. Rentenbriefe 92%. Börsener Credit-Scheine 88%. — Fest.
 Oesterreichisches matter.

Wien, 29. Januar. [Schluß-Course.] 5proc. Metalliques 58, 60.
 National-Anleihen 70, 30. 1860er Loose 86, 50. 1864er Loose 80, 60. Credit-
 Aktien 167, 50. Nordbahn 163, 50. Galizier 220. —. Böhmische Westbahn
 158, 25. Staats-Eisenbahn-Aktien-Cert. 207, 30. Lomb. Eisenbahn 204. —.
 London 131, 30. Paris 52, 40. Hamburg 97, 50. Kassenscheine 195. —.
 Napoleonsdor 10, 53.

London, 28. Jan., Nachm. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 90%.
 1% Spanier 31. Sardinier 72. Italien. 5% Rente 53%. Lombarden 15%.
 Mexicaner 17%. 5% Russen 87%. Neue Russen 86%. Silber 60%. Türkische
 Anleihe 1865 29%. 6% Ver. St. Anleihe pr. 1882 72%. —. Regen.

Newyork, 28. Jan., Abends. Wechsel auf London 109. Goldagio 34%.
 Bonds 107 1/2. Illinois 112. Erie 5 1/2. Baumwolle 34. Petroleum 30.
 Panique in Fonds.

Berlin, 29. Jan. Roggen: matt. Jan.-Febr. 56 1/2, Febr.-März —, April-
 Mai 55 1/2, Mai-Juni 55 1/2. —. Rüböl: lustlos. Jan.-Febr. 11 1/2, April-Mai
 11 1/2. —. Spiritus: still. Jan.-Febr. 16 1/2, Febr.-März 16 1/2, April-Mai
 17 1/2, Mai-Juni 17 1/2. (M. Kurnit's L. B.)

Stettin, 29. Januar. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen
 unbedarft, pro Jan.-Febr. 84. Frühjahr 85. —. Roggen behauptet,
 pro Jan.-Febr. 54. Frühjahr 54. Mai-Juni 54. —. Gerste geschäfts-
 los, pro Frühjahr —. Hafer geschäftslos, pro Frühjahr —. Rüböl
 flauer, pro Jan.-Febr. 11 1/2, April-Mai 11 1/2 bez. —. Spiritus behauptet,
 pro Jan.-Febr. 16 1/2. Frühl. 16 1/2 Br.

Inserate.

Das Wahl-Bureau

zu den Wahlen für das norddeutsche Parlament befindet sich
 von heute ab

**Albrechtsstraße Nr. 6, im Palmbaum,
 eine Treppe hoch,**

und wird daselbst

Vormittags von 9 bis 1 Uhr,

Nachmittags von 3 bis 7 Uhr

jede gewünschte Auskunft erteilt. Unseren General- und Special-Ver-
 trauensmännern zur Nachricht, daß gedruckte Exemplare des Wahl-Ge-
 setzes für den Reichstag des norddeutschen Bundes, als auch des Regle-
 mentis zur Ausführung des Wahlgesetzes, in unserem Bureau zur
 gefälligen Abholung bereit liegen.

Breslau, den 21. Januar 1867.

Der Vorstand des Wahl-Vereins (Fortschrittspartei).

Die Wahl des Grafen Schaffgotsch auf Schomberg gewinnt trotz der Ver-
 dachtigungen desselben in Nr. 13 der Breslauer und Schlesischen Zeitung an
 Chancen. Diese Artikel sind, um nur einen milden Ausdruck zu gebrauchen,

Die Verlobung unserer jüngsten Tochter
 Johanna mit dem königlichen Lieutenant und
 Hüttenbesitzer Herrn Otto Senglier auf
 Cordeshagen beehren wir uns ergebenst an-
 zuzeigen. [1496]

Schweidnitz, im Januar 1867.

Heinrich Sommerbrodt und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Johanna
 Sommerbrodt, jüngsten Tochter des Herrn
 Apotheker Sommerbrodt in Schweidnitz, beehre
 ich mich hierdurch ergebenst anzuzeigen.
 Cordeshagen, im Januar 1867. [1497]

Otto Senglier.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter
 Rosalie mit dem Kaufmann Herrn Adolph
 Kordner in New-York beehren wir uns Ver-
 wandten und Freunden ergebenst anzuzeigen.
 Rawicz, 28. Januar 1867. [306]

Salomon Hülsen und Frau.

Meine Verlobung mit Fräulein Clara,
 Tochter des verstorbenen königl. Stabs-
 und Bataillons-Arzt's a. D., Herrn Pawollet
 hiersebst, zeige ich allen Freunden und Be-
 kannten hierdurch statt jeder besonderen Mel-
 dung ergebenst an.

Glab, den 27. Januar 1867.

Stusche, Bürgermeister.

Die Verlobung meines Mädchens Fräulein
 Clara, Tochter des verstorbenen königl.
 Stabs- und Bataillons-Arzt's a. D., Herrn
 Pawollet in Glas, mit dem Bürgermeister
 Herrn Stusche zu Glas beehre ich mich hier-
 durch ergebenst anzuzeigen.

Reinert, den 27. Januar 1867.

Dr. Drescher, Bade-Arzt.

Newyork, 25. Dezember 1866.
 Die Verlobung ihrer einzigen Tochter
 Fanny mit dem hiesigen Kaufmann Abraham
 Cohn zeigen Freunden und Bekannten hier-
 mit freundlichst an: [300]

David Zeller und Frau.

Verwandten, Freunden und Bekannten diese
 Meldung statt besonderer Anzeige.
 Newyork, 25. Dezember 1866.

Fanny Zeller.

Abraham Cohn (aus Suttentag D.S.).

Verlobte.

Als Neuvermählte empfehlen sich: [1242]
 Moritz Aufrecht.
 Dittlie Aufrecht, geb. Schniger.
 Fürstl. Neuborf bei B.-Wartenberg.

Die am 27. h. erfolgte glückliche Entbin-

dung meiner geliebten Frau Eugenie, geb.
 Janekko, von einem kräftigen Jungen zeige
 hiermit ergebenst an. [1225]

Königsbütte, den 23. Januar.

J. Denninger.

Todes-Anzeige.

Statt jeder besonderer Meldung.

Heute Mittag 12 Uhr entlieft sanft an
 Altersschwäche im dem ehrenvollen Alter von
 91 Jahren unser geliebter Vater, Groß- und
 Schwiegervater, der Kaufmann Herr D. Wed-
 lich. Um stille Theilnahme bitten
 Die Hinterbliebenen.

Breslau, den 29. Januar 1867.

in einer Weise gefaßt, daß sie keiner speciellen Widerlegung werth erachtet
 worden sind.

Wir haben Gelegenheit gehabt, den Grafen Schaffgotsch näher kennen zu
 lernen, können aus voller Ueberzeugung das gewissenhafte Urtheil fällen, daß
 derselbe ein Ehrenmann von edelstem Charakter ist, dessen Wahl zum nord-
 deutschen Reichstage dem Kreise Beuthen nur anempfohlen werden kann.

Der Graf Schaffgotsch wird allerdings mit dem Referenten jener Artikel
 sich nicht auf gleichem politischen Standpunkte befinden, er ist aber von dem-
 selben Patriotismus wie der Gründer des norddeutschen Parlaments, Graf
 Bismarck, erfüllt und von den Trägern dieser Farbe sicher anzunehmen, daß
 sie das für Preußens und Deutschlands Wohl aufgestellte Programm festzu-
 halten und durchzuführen eifrigst sich betheiligen werden.

Wie das allgemeine Wohl dem Grafen Schaffgotsch am Herzen liegt,
 geht daraus zu Genüge hervor, daß derselbe neben vielen anderen gemein-
 nützigen Unternehmungen insbesondere dem hiesigen Gymnasium ein warmes
 Interesse zugewendet und die baldigste Eröffnung desselben durch das beträch-
 tliche Geschenk von vorläufig 30,000 Thlrn. ermöglicht hat, das er auf eigene
 Kosten Schulen und Kirchen erbaut, für den Unterhalt der Lehrer und Geis-
 tlichen auskömmlich sorgt und mit offener freigebiger Hand die Pflege der
 Waisenkinder in segensreicher Weise übernimmt. Bei der gräflich Schaff-
 gotsch'schen Verwaltung von den bedeutendsten Gütern, Gruben und Hütten
 wird nach den humanen Principien verfahren.

Der Graf hat während des letzten Feldzuges sich selbst auf den Kriegs-
 schauplatz in Böhmen begeben und durch seine Pflege der Verwundeten den
 sprechendsten Beweis seines Patriotismus an den Tag gelegt.

Diese Thaten werden nur um deswillen hervorgehoben, um zu con-
 statiren, wie die Instanzen des Beuthener Kreises bedauern müßten, wenn Graf
 Schaffgotsch nach Anweisung des Referenten jener Artikel keine Wirksamkeit
 nur der Umgebung seiner Hofsburg Koppitz zuwenden wollte — sie werden ge-
 wis eine erprießliche Wahl treffen, wenn sie dem Grafen Schaffgotsch für
 das norddeutsche Parlament die Stimme geben. [309]

Beuthen D/S., den 25. Januar 1867.

Versammlung

der Wähler des östlichen Breslauer Stadtbezirks

Donnerstag, den 31. Januar, Abends 8 Uhr,

in Friedrich's Saal, Mauritiusplatz Nr. 4.

Tages-Ordnung: Besprechung über den Candidaten der Fortschritt-
 partei Herrn Justiz-Rath Simon, sowie Mittheilungen über die Agi-
 tationen für denselben.

In der Oder-Vorstadt und in der Schweidnitzer-Vorstadt werden
 besondere Versammlungen zu gleichen Zwecken stattfinden.

Das Comité.

Dr. Asch. A. Anders. R. Brachman. D. Boerner.
 Dr. M. Elsner. E. Günzel. J. Haynte. C. Helbig.
 G. Henatsch. Th. Hoffrichter. G. Hornig. R. Howe.
 C. F. W. Jacob. A. Kuschner. G. Maul. A. Dpiz.
 A. Ottow. A. Sauer. C. Schierer. M. Siewert.
 C. Soback. A. Sturm. W. Teichman. L. Theyl.
 M. J. Ulrich. Zerman. [1494]

Breslau. Wie wir hören, ist im südlichen Theile unseres Hübener Kreises
 vielfach die Wahl des Besitzers der Minnerstandesherrschaft Loslau, Landrath
 a. D. Brauns, als Deputirten zum norddeutschen Reichstage in Aussicht
 genommen. Wir wollen nicht veräumen, die Wähler des Hübener Kreises
 Wahlkreises auf diese hervorragende Persönlichkeit des Kreises aufmerksam zu
 machen. Herr Brauns that zwar selbst nichts dazu, um die Wahl auf sich
 zu lenken, sein reger, warmer Patriotismus wird es aber, wie uns sicher be-
 kannt geworden, nicht zulassen, die auf ihn gefallene Wahl abzulehnen.
 Mit derselben aufopfernden Wirksamkeit und Unabgierigkeit, die er stets den
 Interessen des Kreises gewidmet hat, wird er unabweislich auch den großen
 politischen Interessen unseres erweiterten Vaterlandes sich widmen. Uebrigens
 ist Hr. Brauns früher schon, im Beginn unseres Verfassungslebens gewähl-
 tes Mitglied der ersten Kammer gewesen. Seine politische Richtung kenn-

zeichnet sich als der Ausfluß der warmsten Vaterlandsliebe und Anhänglich-
 keit an unsere Monarchen, die keine Gemeinschaft hat mit den ultracon-
 servativen Auswüchsen, welche neuerlich wieder in unserem Herrenhause zur
 Blüthe gelangt sind. [1521]

Wahlkreis Rattowitz.

Sonntag, 3. Februar, Nachmittags 3 Uhr,

findet zur Besprechung der Parlamentswahlen eine

Wähler-Versammlung

im Hüttengasthause in Laurabütte

statt, zu welcher jeder Stimmberechtigte des Wahlkreises hiermit einge-
 laden wird. Der in den Wahl-Versammlungen in Rattowitz, Myslo-
 witz und Antonienbütte einstimmig aufgestellte Candidat zum Parla-
 mente, Herr Dr. Holke in Rattowitz, hat sein Erscheinen zu dieser
 Versammlung zugesagt.

Das Wahl-Comité.

[304]

Landwirthschaftl. und kaufmänn. Formulare

(Schema's werden auf Verlangen auch nach ausserhalb gesandt),

Visiten- und Adress-Karten, [1173]

elegant in Schrift auf Holz, Double-Glacé und engl. Bristol-Paper,

Verlobungs-, Hochzeits-, Ball-Anzeigen.

Artist. Inst. M. Spiegel, Breslau, 46 Ring.

Briefbogen

mit französischen Devisen in eleganter Verzierung

empfeilt als etwas ganz Neues:

Die Papler-Handlung

F. Schröder,

Albrechtsstrasse Nr. 41.

[1501]

P. P. Ich ersuche Ew. Wohlgeboren, mir umgehend eine Flasche
 Hauschild'schen Haarbalsam zu schicken, ich habe im vorigen Jahre eine
 Flasche à 1 Thlr. von Ihnen nach Lauske schicken lassen und denselben gegen
 das Ausfallen der Haare gut befunden.

Gersdorf.

Marie Gräfin Brachler.

P. P. Ich ersuche Sie nochmals, mir 2 Flaschen von dem Hauschild-
 schen Haarbalsam zuzuschicken, welcher mir bis jetzt sehr wohl that.

Gollsen.

Gräfin zu Solms-Baruth.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, mir umgehend wieder eine Flasche Hauschild's
 Haarbalsam à 1 Thlr. unter Nachnahme zu senden. An Empfehlungen
 habe ich es nicht fehlen lassen, da ich es mit gutem Gewissen kann.

Sirchberg.

A. v. Erichsen.

Der Hauschild'sche Haarbalsam ist stets echt vorrätig in ganzen
 Flaschen à 1 Thlr., halben Fl. à 20 Sgr. und Viertelflaschen à 10 Sgr.
 (Broschüre von Dr. Otto gratis) im General-Depot für Schlesien:

[1509]

Handlung Eduard Groß in Breslau,

am Neumarkt Nr. 42.

Jul. Kratze Nachfolger in Leipzig.

Dank.

Wir Unterzeichnete fühlen uns gedrungen,
 hiermit unsern Dank auszusprechen den Herren
 A. und S. Zeißig, für die überraschende so
 würdige und stolze Feier des 50-jährigen
 Jubiläums der Fabrik. [1253]

Gleichzeitig doppelt Dank dem Hrn. Kauf-
 mann Stenzel für das Geschenk von 50 Thlr.
 für weibliche kranke Arbeiter.

Das Arbeits-Personal der

Zeißig'schen Fabrik.

Güter-Verpachtung.

Die im Großherzogthum Polen, unmittel-
 bar an der schlesischen Grenze, im Kreise
 Krotoschin, zwischen den Städten Kobylin
 und Jouny belegene, zur Herrschaft Waszow ge-
 hörenden Wirtschaft's Departements Waszow
 und Alt-Kobylin sollen vom 1. Juli d. J.
 ab auf 15 hintereinander folgende Jahre an
 den Bestbietenenden verpachtet werden, wozu ein
 Termin auf

Donnerstag den 21. März d. J.

Vorm. 9 Uhr,

auf dem Schlosse zu Waszow, anberaumt wor-

den ist.
 Zu dem Wirtschaft's-Departement Waszow
 gehören die Vorwerke Waszow, Biaski,
 Trzaski, Kochy und Kubowa mit zusammen
 ca. 5000 Morgen Fläche, worunter 3200
 Morgen Acker, 840 Morgen Wiesen und
 560 Morgen Leide sich befinden; zu dem
 Departement Kobylin aber gehören die Vor-
 werke Alt-Kobylin, Rembitow und Wila mit
 einer Fläche von 3901 Morgen, worunter
 2868 Morgen Acker und 459 Morgen Wie-
 sen enthalten sind. Zur Uebernahme der Pacht
 würde ein Vermögen, bei Waszow von
 45 mille und bei Kobylin von 35 mille er-
 forderlich sein.

Die Pachtbedingungen können vom 1. Febr.
 ab, sowohl bei dem Rentamt zu Waszow,
 als auch im Bureau der General-Direction
 auf dem Fürstenthum bei Freiburg in Schlesien
 eingesehen werden und wollen die Herren
 Pachtbewerber, behufs der Beschichtigung der
 Pachtobjekte, sich an den Herrn Oberamtmann
 Schrader zu Waszow gefälligst wenden.
 Fürstenthum, den 10. Januar 1867.

Der Prinzipal Herr'sche General-

Bevollmächtigte.

(ge.) Stengel.

[1180]

Wein-Handlung

von [430]

Robert Kessler,

Ring Nr. 8, in den 7 Kurfürsten.

Ich irohne jetzt Sonnenstraße Nr. 1 (Ein-
 gang Siebenbüfenerstraße). [1238]

Lusensky,

Stadtschwarz des Leib-Kürassier-Regiments.

Neue Orient-Reise.

Unter: einreiter arrangirt, gestiftet auf seine
 bei der vorjährigen Orientreise gesammelten
 Erfahrungen, eine Gesellschaftsreise zum Orie-
 nte in Jerusalem und nach Alexandria,
 Cairo, Jerusalem, Beirut, Cypern, Abo-
 dos und Smyrna und über Corfu zurück
 nach Triest.

Abreise am 16. März d. J. von Wien.

Preis:
 1. Klasse 450 Thlr., 2. Klasse 400 Thlr. incl.
 Verpflegung.

Dauer der Reise 8 Wochen.
 Programme sind bei Herrn Emil Kabath,
 Carlstraße 28, für 5 Sgr. zu haben.

Auf feinerliche schriftliche oder mündliche An-
 fragen ertheilt eben derselbe und der Unter-
 zeichnete jede Auskunft. [1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Heinrich Schwinge, Grünstraße 8.

[1510]

Oberschlesische Steinkohlen-Bergbau-Hilfskasse.

Nach Vorchrift des § 18 des im 22. Stück des „Amtsblattes“ der königlichen Regierung zu Oppeln vom Jahre 1864 abgedruckten Statutes für die Verwaltung der Oberschlesischen Steinkohlen-Bergbau-Hilfskasse vom 20. Mai 1864 bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß der Vorstand der genannten Kasse für die zweite vom 1. Januar 1867 bis 31. December 1869 dauernde Wahlperiode, § 24 a. a. D., aus nachbenannten Mitgliedern besteht:

1. dem königlichen Bergmeister a. D. Schmidt zu Zabrze,
2. dem Bergwerks-Director königl. Berggrath Mauve zu Kattowitz,
3. dem königlichen Berggrath Meichen zu Königshütte,
4. dem Bergwerks-Director Schnackenberg zu Oranienburg,
5. dem General-Director Schriffl zu Carlshof bei Tarnowitz,
6. dem Bergwerks-Director Scherbening zu Scharley,
7. dem Berg-Inspector Körfer zu Hohenlohehütte.

Zu seinem Vorsitzenden hat der Vorstand den unter 1 genannten Bergmeister a. D. Schmidt und zu dessen Stellvertreter den unter 2 genannten Berggrath Mauve erwählt.

Breslau, den 23. Januar 1867.

Königliches Ober-Bergamt.

[311]

Bekanntmachung.

Von den neuen Pensions-Coupons Serie 3 nebst Talons zu den Schlesischen Rentenbriefen ist ein sehr großer Theil noch nicht abgehoben.

Die Inhaber Schlesischer Rentenbriefe werden daher mit Bezug auf unsere Bekanntmachung vom 3. October vorigen Jahres hierdurch aufgefordert, die Rentenbriefe qu. mittels des in jener Bekanntmachung vorgeschriebenen quittierten Verzeichnisses (List. A.) unter dem portofreien Adressat:

„Rentenbank-Angelegenheit“

des baldigsten an uns einzufenden, weil die Ausreichung der Coupons mit dem 30. März d. J. geschlossen wird, bis wohin auch nur die Portofreiheit für die Sendungen qu. währt.

Breslau, den 28. Januar 1867.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Schlessen.

Institut für hilfsbedürftige Handlungsdiener.

Mittwoch, den 30. Januar, Abends 8 Uhr,
im Hirsale des Instituts-Gebäudes, Schüßbrücke Nr. 50,
Vorlesung des Herrn Director Schlegel
„Ueber die Kostgänger des zoologischen Gartens“.

[1503]

Die Vorsteher.

Industrie-Gesellschaft „Minerva“.

Es ist unseren Schlesiern die sehr erfreuliche Wahrnehmung geworden, daß die schlesische Hütten-, Forst- und Bergbau-Gesellschaft „Minerva“, welche bei der Gründung zu so großen Hoffnungen Raum gegeben, endlich ein desto überraschenderes, günstiges Resultat gewährt wird.

Nächst den sehr vortheilhaften Abzügen, welche die Gesellschaft in jüngster Zeit mit den Bau-Unternehmern der rechten Oder-Uferbahn contrahirt und dem nunmehr unschätzbaren gesteigerten Werth im Grund und Boden, ist auch die Verwaltung mit in die Hände eines sehr umsichtigen und bewährten thätigen Mannes, des Geh. Reg.-Rath Herrn Elwanger, übergegangen.

Wenn nun auch der Cours dieser Minerva-Aktien heute noch sehr gedrückt, so wird derselbe wohl nicht mehr lange diesen Druck erleiden dürfen, und wäre jedem Inhaber solcher Aktien wohl anzurathen, dieselben gegenwärtig nicht zu verwerthen, da anzunehmen ist, daß der Cours binnen Kurzem mindestens verdoppelt sein wird, sowie auch die Zahlung einer Dividende pro 1866 sicher zu gewärtigen ist.

[1237]

Von Schmiedeberg nach den Grenzbauden! Hotel zum Preussischen Hofe neben der Post in Schmiedeberg.

Bei den jetzt stattfindenden Aufspartien nach den Grenzbauden empfehle ich mein Hotel zur gütigen Beachtung.

Schlitten zur Hinauffahrt werden auf das Schnellste besorgt.

[266]

Ergebnis

Ruppert.

Bad Mildenstein bei Leisnig (Sachsen), Klimatische Kuranstalt, Ersatz des südlichen Klima.

Die Direction sieht sich veranlaßt, dem leidenden Publikum die ergebene Anzeige zu machen, daß die Aufnahme in besagtem Etablissement nur nach Maßgabe der eintretenden Vacanzen stattfinden kann, da durch die unerwartet große Frequenz von Winterkurgästen fast sämtliche Zimmer des geräumigen Kurhauses vergeben sind. Es ist daher den geehrten Herrschaften, welche dieses so wohlthuende Kur zu benutzen wünschen, anzurathen, sich nicht früher hierher zu bemühen, bis sie von der Direction die Versicherung wegen ihrer Aufnahme erhalten haben, da ansonstenfalls dieselben genöthigt sein würden, die Rückreise antreten zu müssen.

Prospecte nebst Bedingungen werden auf jede Anfrage gratis zugesandt.

[1516]

Die Direction.

Geschäfts-Eröffnung

von
C. F. Martin,
10, 11, Ohlauerstr. 10, 11,
im weißen Adler.

Zu dem seit Jahren von mir innehabenden

Put-Geschäft,

[1444]

Kupfer-Schmiedestraße Nr. 17 (vier Löwen),

eröffne ich noch ein zweites, Ohlauerstraße Nr. 10 und 11, und bitte, das mir bisher geschenkte Vertrauen auch fernerhin in dem neuen Locale zu erhalten.

Kupfer-Schmiedestraße Nr. 17.

C. F. Martin, Ohlauerstraße Nr. 10 u. 11.

Große Gewinnziehung.

1864er Loose.

Am 1. März 1867.

Haupt-Gewinne: Gulden 200,000; 50,000; 15,000; 10,000; 2 à 5000; 3 à 2000; 6 à 1000; 15 à 500; 30 à 400; 740 à 145.

Aufträge zur Betheiligung mit 1 Loose für 2 Zbl., mit 6 Loosen für 10 Zbl., mit 13 Loosen für 20 Zbl. beliebe man baldigst einzufenden.

[1167]

M. Morenz, Effecten-Geschäft in Frankfurt a. M.

— Von europäischer Berühmtheit — über den halben Continent verbreitet! —
PATE PECTORALE
DE GEORGE
Pharmacie de l'Épinal (Vosges)

Das Dominium Reindorf bei Münsterberg (in Schlessen) offerirt nachstehende Samereien 66er Ernte in schönster Dualität:

Reindorf'ser gelbe Pohl'sche Riesentrunkelröbe, als die ertragreichste aller Futter-

rüben allgemein anerkannt, pro Str. 21 Zbl., pro Pfd. 7 Sgr.

Imperial-Zuckerrübe, mit rosa Anflug, „ „ „ 12 „ „ 4 „

Weisse grünköpfige Riesentrunkelröbe, „ „ „ 21 „ „ 7 „

Grüne Popetoun-Wicke, die ertragreichste aller Wickenarten, pro Schfl. 3 „

Bei Bestellungen unter ¼ Str. werden die Pfundpreise berechnet.

Emballage gratis.

Dr. Bonbon nach Art d. Regle von Süßholzsaft u. Gummi, ganz vorzüglich, Heilung d. Schnupfen, Husten, Keuchhusten, Katarth u. ¼ Schachtel 8 Sgr. Breslau, W. Clar, Friedrichsstr. Glückauf.

an Amtsstelle hier persönlich oder durch hienäher legitimirte Bevollmächtigte zu erscheinen, sich anzugeben, ihre Ansprüche anzumelden und zu beschleunigen, nach Befinden unter einander oder mit den Antragstellern resp. mit dem zu bestellenden Contrahictor rechtlich zu verfahren, sodann

Edictalladung.

Nachdem beschliffen worden,
1. behufs Lösung der nachbemerkten alten Hypotheken auf Antrag der Besitzer, resp. Vorbesitzer der verpfändeten Grundstücke und zwar wegen 1. 100 Zbl. C. M. oder 102 Zbl. 23 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. unbezahlten Kaufgeldes für Anna Marie verw. Hillemann, geb. Gerold zu Sohland, lt. Kaufs v. 19. Septbr. 1803 auf der Johann Rodolph'schen Gartennahrung c. n. 186/56, fol. 17, für die Pflanzwiedemuth zu Sohland a. S. basierend; 2. a. 8 Zbl. C. M. oder 8 Zbl. 6 Agr. 7 Pf. im 14 Zbl. Z. unbezahlten Kaufgeldes für Anna Elisabeth verw. Hebelt, geb. Keil zu Oberohland, b. 1 Zbl. 12 Gr. C. M. oder 1 Zbl. 16 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für Adam Jährgen alda, c. 3 Zbl. C. M. oder 3 Zbl. 2 Agr. 5 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für Gottfried Hensel alda, d. 1 Zbl. 12 Gr. C. M. oder 1 Zbl. 16 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. für Hans George Jährgen alda; e. 10 Gr. C. M. oder 12 Agr. 8 Pf. im 14 Zbl. Z. für Glas Wendisch alda, f. 2 Zbl. 12 Gr. C. M. oder 2 Zbl. 17 Agr. 1 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für Hans Christoph Hohl-feldt alda, g. 1 Zbl. 17 Gr. C. M. oder 1 Zbl. 22 Agr. 7 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für den Müller Rehnisch zu Rosenbain, lt. Kaufs v. 17. Nov. 1795 auf der Carl August Hölzel'schen Hausflurnahrung c. n. 239/35, fol. 35, für Oberohland basierend; 3. 40 Zbl. C. M. oder 41 Zbl. 3 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. sammt Zinsen zu 5 Procent unbezahlten Kaufgeldes für Marie verw. Hebelt, geb. Donat zu Mittelschland, lt. Kaufs v. 11. Jan. 1816 auf dem Johann Gottfried Harich'schen Hausgrundstücke c. n. 127/28, fol. 6, für die Pflanzwiedemuth zu Mittelschland basierend; 4. 30 Zbl. C. M. oder 30 Zbl. 25 Agr. im 14 Zbl. Z. unbezahlten Kaufgeldes für Marie Dorothea verw. Schiedertanz, geb. Heimann zu Budissin, lt. Kaufs v. 9. März 1791 auf dem Hausgrundstücke Johann Gottlieb Schwaars c. n. 420/34, fol. 24, für Mittelschland basierend; 5. 20 Zbl. C. M. oder 20 Zbl. 16 Agr. 7 Pf. im 14 Zbl. Z. unbezahlten Kaufgeldes für Gottfried Hölzel zu Oberohland, lt. Kaufs v. 28. Jan. 1777 auf der Carl Gottlieb Kändler'schen Gartennahrung c. n. 176/95, fol. 95, für Oberohland basierend; 6. 18 Zbl. C. M. oder 18 Zbl. 15 Agr. im 14 Zbl. Z. unbezahlten Kaufgeldes für den Bleicher Duescher in Spremberg, lt. Kaufs v. 2. März 1803 auf der Carl Moritz Berger'schen Gartennahrung c. n. 11/16, fol. 17, für Ebersdorf basierend; 7. 50 Zbl. C. M. oder 51 Zbl. 11 Agr. 7 Pf. im 15 Zbl. Z. Ausstattung für Anna Marie Richter zu Schirgiswalda, lt. Kaufs v. 16. October 17-2 auf Anton Haages Großgartennahrung fol. 148, für Schirgiswalda basierend; 8. 40 Zbl. C. M. oder 41 Zbl. 3 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. Kaufgeldes für den Getreidehändler Träber in Wilsdorf und 10 Zbl. C. M. oder 10 Zbl. 8 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für R. Wobitz zu Steinitzmühlendorf, lt. Kaufs 6. Mai 1811 auf dem Gute Johann Gottlob Böhm's fol. 104 für Wehrsdorf basierend; 9. 25 Zbl. 20 Agr. 8 ½ Pf. antzellig bei 100 Zbl. C. M. oder 102 Zbl. 23 Agr. 3 Pf. im 14 Zbl. Z. unbezahltem Kaufgeldes Christian Maniges zu Beberwitz, lt. Kaufs v. 12. März 1811 auf der damals Grubfischen jetzt Venabes'schen Kleingartennahrung fol. 16 für Beberwitz basierend, auf Grundb. v. Uranis, geb. Niemijsche aus Großsachsen verfallten Erb-antheils; 10. 16 Zbl. oder 16 Zbl. 13 Agr. 3 Pf. unbezahlten Kaufgeldes für Johann Gutlieb Richter in Callenberg und 38 Zbl. C. M. oder 39 Zbl. 17 Agr. 1 Pf. im 14 Zbl. Z. dergl. für Johann Gottfried Richter dafelbst, lt. Kaufs v. 16. Febr. 1820 auf Wilh. Aug. Richter's Hausgrundstücke fol. 45 für Callenberg basierend; 11. 43 Zbl. 10 Gr. C. M. = 44 Zbl. 18 Agr. 6 Pf. im 14 Zbl. Z. überwiebenen Kaufgeldes für Johann Gottfried Wed zu Weitz, lt. Kaufs v. 20. Mai 1826 auf Carl Gottlieb Böhm's Hausgrundstücke c. n. 86, fol. 192, für Weitz basierend;

11. behufs Ermittlung des Lebens und Auf-enthaltens nachgenannter Abwesenden, auf Antrag der für sie bestellten Vormünder: 1. Johann Gottlieb Betasch, weiland Gottlob Betasch's zu Großu Sohn, geb. zu Callenberg am 23. Juni 1800, seit dem Jahre 1813 verschollen; 2. dessen Vermögen in 6 Zbl. 15 Agr. 6 Pf. Sparcassencapital besteht; 2. Johann Gottlob Baumhüdel's, weil Johann Gottfried Baumhüdel's, Viertelbauers zu Wehrsdorf, Sohn, geb. am 25. Mai 1802, seit seinem 20. Lebensjahre nach Polen ausgewandert und seit dem Jahre 1842 verschollen, dessen Vermögen dormalen 21 Zbl. 4 Agr. 3 Pf. beträgt; 3. Johann Carl August Pohl's, geb. zu Wilsden am 26. Decbr. 1787, seit dem Jahre 1813 verschollen, dessen Vermögen dormalen 48 Zbl. 6 Pf. beträgt und der durch den Schmiedebesitzer Glaser zu Wilsden dormalen bedormundet wird; 4. Christian Abh-mes, gebürtig von Mittelschland a. S., dormalen beim t. fäch. Garde du corps und seit dem Jahre 1813 verschollen, dessen Vermögen 23 Zbl. 3 Agr. 7 Pf. beträgt und der durch den Gärtner Johann Gottlieb Böhm zu Oberohland bedormundet wird; mit Erlassung von Edictalen zu verfahren, so werden hierdurch Alle, welche als ursprüngliche Gläubiger, deren Erben oder Rechtsnachfolger, oder als sonstige Interessenten an die unter 1 bezeichneten Forderungen, ferner werden die unter 11 genannten Abwesenden, deren unbekannte Hinterlassenen und Gläubiger, sowie Alle, welche an der Abwesenden Vermögen aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche zu haben glauben, bei Verlust ihrer Ansprüche und der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, die Abwesenden selbst unter der Verwarnung, daß sie bei ihrem Ausbleiben für todt zu erklären sein werden, ihr Vermögen oder den angemessenen Erben oder sonstigen Interessenten zugesprochen und verabsolgt werden wird, geladen

Montag, den 4. März 1867,

an Amtsstelle hier persönlich oder durch hienäher legitimirte Bevollmächtigte zu erscheinen, sich anzugeben, ihre Ansprüche anzumelden und zu beschleunigen, nach Befinden unter einander oder mit den Antragstellern resp. mit dem zu bestellenden Contrahictor rechtlich zu verfahren, sodann

den 16. April 1867

der Introlation der Acten, sowie den 25. April 1867
der Bekanntmachung eines Erkenntnisses sich gewärtigen, welches rüchlich der Außenbleiben Mittags 12 Uhr für publicit zu erachten sein wird.

Königlich sächsisches Gerichtsam.
Schirgiswalda, am 24. November 1866.
Sejfert.

[308] Bekanntmachung.
Der Concurat über das Vermögen des Kaufmanns Adolph Levin ist durch rechtskräftig bestätigten Accord beendet.
Breslau, den 22. Januar 1867.
Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

[312] Bekanntmachung.
In unser Gesellschafts-Register ist Nr. 502 die von den Kaufleuten Victor Dembsch und Heinrich Hilbig, beide hier, am 1. October 1866 hier unter der Firma Hilbig & Dembsch errichtete offene Handels-Gesellschaft heute eingetragten worden.
Breslau, den 23. Januar 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[313] Bekanntmachung.
In unser Gesellschafts-Register ist heute bei Nr. 414 die durch den Austritt des Premiers-Lieutenants a. D. Bruno Nekowski aus der offenen Handels-Gesellschaft Breslauer Compofabrik von Nekowski & Wiener hier selbst erfolgte Auflösung dieser Gesellschaft und in unser Firmen-Register Nr. 1957 die Firma Breslauer Compofabrik von Ludwig Wiener hier und als deren Inhaber der Landwirth Ludwig Wiener hier eingetragen worden.
Breslau, den 24. Januar 1867.
Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[309] Bekanntmachung.
In unser Firmen-Register ist sub laufende Nr. 196 die Firma Heinrich Gentschel zu Waldenburg und als deren Inhaber der Kaufmann Heinrich Gentschel dafelbst heute eingetragen worden.
Waldenburg, den 23. Januar 1867.
Königliches Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Offene Lehrerstelle.

Es ist die Stelle des jüngsten Lehrers an der hiesigen evangelischen Stadtschule vom 1. April d. J. ab anderweit zu besetzen.
Dieselbe ist mit einem fixirten Einkommen von 200 Zbl. dotirt und ist damit außerdem Amtswohnung im neuen Schulgebäude gegen einen nur mäßigen Mietzins verbunden.
Anstellungsberechtigte Schulmänner, welche sich um diese Stelle bewerben wollen, werden aufgefordert, sich unter Vorlegung ihrer Zeugnisse und eines kurzen Lebenslaufs bis zum 15. Februar d. J. bei uns schriftlich zu melden.
Strehlen, den 28. Januar 1867.
Der Magistrat. [310]

Offener Posten.

Der Posten eines Debitanten der Producte des hiesigen arsenitwerkes „Reicher Trost“ verbunden mit der Schichtmeisteri, soll am 1. April d. J. wieder besetzt werden. Qualifizierte kaufmännisch gebildete Bewerber, welche eine Caution von 1000 Zbln. in Lettres au porteur oder guten Hypotheken zu legen im Stande sind, wollen sich unter Einreichung ihrer Atteste bis zum 1. März d. J. bei dem unterzeichneten Magistrat melden. Die Stelle wird mit einem fixirten Gehalt von 400 Zbln. dotirt.
Reichenstein, den 26. Januar 1867.
Der Magistrat.

Möbel-Auction.

Freitag den 1. Febr. Vorm. von 10 Uhr ab werde ich in meinem Auctionslocal Ring 30, 1. Etage hoch, verschiedene Möbel, wobei Sopha's, Stühle, Tische, Commoden u. u. einige polierte Repositorien, ferner Jagdutenen und Waffenrocke meistbietend versteigern.
Guido Saul, Auct.-Commiff.

Am 26. Februar, Nachmittags von 3 Uhr ab sollen in meinem Geschäftslocal, Freiburger-Strasse hieselbst, die den Schlosser Ririch'schen Erben gehörigen beiden Häuser nebst Schlosserwerkstätten, welche die Hypothekennummer 43 führen, zusammen oder getheilt meistbietend aus freier Hand verkauft werden. Bei erfolgtem annehmbarem Gebot findet sofortiger Abschluß des Vertrages statt.

Die Hypothekenverhältnisse sind jederzeit bei mir einzusehen.
Waldenburg, den 5. Januar 1867.
Der königliche Rechtsanwält und Notar v. Chappuis.

Klassen-Lotterie-Anzeige.
Die Erneuerung der bei dem bisherigen Lotterie-Unter-Einnehmer Herrn Otto Unger in Münsterberg entnommenen und von mir als Ober-Einnehmer ausgesetzten Loose der laufenden 135. Königl. Preussischen Klassen-Lotterie ist zum 2., 3. und 4. Klasse der letzteren wegen Domicil-Wechsel fortan bei mir zu bewirken.

Die Erneuerung der Loose zur 2. Klasse muß, bei Verlust des Anrechts, bis zum 8. Februar d. J. Abends 6 Uhr planmäßig stattfinden.
Glag.

Der Lott.-Einnehmer Frommann.

Bei meiner Ueb.-rhebung von Münsterberg nach hier habe ich die Unter-Collecte in die Hände des Herrn Frommann in Glag gelegt, und wollen alle Interessenten sich nunmehr an Letzteren wenden.
Breslau, den 29. Januar 1867.

Otto Unger.

Ueber das allseitig bewährte

Dr. Legab'sche Frauen-Clirir

sind Broschüren gratis zu haben in der priv. Apotheke zu Bojanowo.

[302]

Local-Veränderungs

wegen verlaufe ich einen großen Theil von guten Büchern, Musikalien, Bildern u. zu den billigsten Antiquarpreisen. [1230]
J. Samosch, Schüßbrücke Nr. 54.

Freitag, den 1. Februar,

beginnt ein neuer Lehr-Cursus im

Schnell-Schönschreiben

für Herren, Damen und Schüler. — Bester Erfolg wird garantirt. Annahme sofort und täglich:

Neue Gasse Nr. 13, 1 Tr.

Julius Spiess,

[1493] Kalligraph aus Berlin.

Mit nur 200 Thalern,

welche bei einem Banquier als Caution deponirt werden müssen, jedoch durch ein 3 Monats-Accept des Proponenten wieder flüssig zu machen sind, wird Kaufleuten und Krämer in Provinzialstädten als auch auf dem Lande Gelegenheit geboten, alljährlich in 2-3 Monaten bei geringer Thätigkeit sicher ein Capital wie oben, bei größerem Fleiß jedoch auch noch bedeutend mehr zu verdienen.

Hierauf Reflectirende werden erlucht, bald ihre werthen Adressen aufzugeben, damit rechtzeitig die darauf bezüglichen Mittheilungen gemacht, sowie die nöthigen Einleitungen getroffen werden können, und zwar unter der Chiffre Y. Z. 1000 poste restante Breslau franco.

[1505]

Das „Casino“,

Neue Gasse Nr. 8,

[1251] empfiehlt

echt Bairisch u. Gräzer Bier.

Mittagstisch im Abonnement.

Große Auswahl in Jour-

nalen und Tagesblättern.

Geprägte Siegeloblaten

mit Buchstaben und Firmen empfiehlt zu außerordentlich billigem Preise:

die Papier-Handlung

F. Schröder,

Albrechtsstrasse Nr. 41.

Ein Mühlengrundstück,

73 Morgen Areal, Mahl-

und Schneidemühle, 450

Pferdekraft, 1 Stunde von

der Berlin-Görliger Bahn,

zu jeder Fabrikanlage pas-

send, ist für den Preis von

22,000 Zbl. zu verkaufen.

Näheres durch G. R.

Steger in Görlitz. [1512]

Haus-Verkauf.

Mein in schönster Gegend von Liegnitz gelegenes, erst vor einigen Jahren neu erbautes „herrschafliches“ Wohnhaus nebst großem Garten und massiven Wirthschaftsgebäuden beabsichtige ich umzugs halber bei mäßiger Anzahlung bald zu verkaufen.

Offerten beliebe man franco sub H. T. poste restante Breslau niederzulegen.

!! Für Speculanten !!

Ein Gehäus in Frankenstein mit Ladeneinrichtung und bedeutendem großen Hofraum, zu jedem Geschäft sich eignend, ist wegen anderer Geschäftsbearbeitung bald und bei soliden Bedingungen zu verkaufen.

Näheres ist durch portofreie Anfragen zu erfahren beim Klempnermeister Paschaly in Frankenstein. [228]

In einer Provinzialstadt Schlesiens oder Posen wird sofort oder Oftern ein Speiserei-Geschäft zu pachten gesucht. Offerten nimmt die Expedition der Breslauer Zeitung unter Chiffer V. W. 83 Frankfurt entgegen. [293]

Eine liegende Dampfmaschine mit Expansion von 10-12 Pferdekraft steht billig zum Verkauf in der Maschinen-Fabrik von Otto Lucas, Schwebderstraße 12, Berlin.

Wein-, Liqueur- u. Cigaretten- [1001]

empfehlen in großer Auswahl billigt das lith. Inst. M. Lemberg, Hofmarkt 9.

!! Mahagoni-!!

!! Möbel, !!

neue und gebrauchte Sopha's mit und ohne Fauteuils, Barod-Spiegel mit Marmorplatten, sowie Möbel in allen anderen Holzarten empfiehlt in reichster Auswahl zu auffallend billigen, aber festen Preisen

Siegfried Brieger.

37, Kupfer-Schmiedestraße 37, !! Erste Etage !! [901]

Für Destillateure.

Keine unverfälschte Lindentöble ist nur allein zu haben bei

S. Philippsthal, Rittmeisterstraße 67. [977]

